ZECK
zeitschrift für floristen
Nr. 69 | Mai 1998

Bürgerbegehren

„Brennpunkt ‚Rote Flora' / Polizisten mit Molotow-Cocktails beworfen", Hamburger Abendblatt, 15. April

Ich bin empört über die Anmaßung dieser „Autonomen", sich über einen ganzen Stadtteil herzumachen. Man muß endlich etwas unternehmen. Siehe „Hafenstraße". Wie wäre es zum Beispiel mit einem Bürgerbegehren im Schanzenviertel?

Wilhelm E[geschwärzt]
22459 Hamburg

Ein Unding

Es ist ein Unding, die Chaoten von der sogenannten Roten Flora als „Floristen" zu bezeichnen. Das ist eine ganz üble Diskriminierung des Berufsstandes der Floristen.

Herta Ri[geschwärzt] 22589 Hamburg

Inhalt

Impressum

Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä., möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, noch möglichster in Word 2.0 oder 5.0 (die Disketten können aber nicht zurückgegeben werden!).
Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluß: ist in der Regel der 20. des Vormonats.

Abos: Zeck gibt es im Förderabo für 20 DM pro Quartal. Geld in einem Umschlag an: Zeck, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine großzügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Name" ist keine Aushändigung im Sinn dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken. (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!)
Spenden und andere Zuwendungen: je nach Umfang der Ausgabe haben wir eine Dekkungslücke von 150 bis 200 DM (pro Ausgabe). Ihr merkts schon: Spenden sind also immer noch vonnöten. Wir nehmen Zuwendungen jeder Art gerne entgegen, Gelder aus Banküberfällen o.ä. allerdings nach Möglichkeit nur in gebrauchten Scheinen. Schokoladiges versüßt unsere Arbeitstreffen und läßt die Kommentare versönlicher werden (käuflich sind wir selbstverständlich nicht).
Eigendruck im Selbstverlag

Anti-Hagenbeck-Kampagne

150 Jahre Hagenbeck: Tierfang, Zirkus, Zoo, „Völkerschau" - 150 Jahre Ausbeutung von Mensch und Tier.
Am Samstag, d. 30.5.98 wollen wir mit Euch gegen das Tiergefängnis Hagenbeck demonstrieren. Um 11.30 Uhr werden wir durch die Hamburger Innenstadt ziehen (Treffpunkt: Hauptbahnhof, Ausgang Glokkengießerwall).
Um 17 Uhr demonstrieren wir anläßlich der „Dschungelnacht" vor „Hagenbecks Tierpark" (Treffpunkt U-Bahnhof Hagenb.Tierp.)
Tierrechts Aktion Nord
c/o Schwarzmarkt, Kl.Schäferkamp 46, 20357 HH

Veranstaltungen der Marxistischen Abendschule Hamburg

1.) Stadtteilrundgang durch Eppendorf
Veranstaltung in Kooperation mit dem VVN/Bund der AntifaschistInnen in Hamburg-Nord.
Sonntag 10.5.98, 11 Uhr, Gedenkstätte Ernst Thälmann, Tarpenbekstr.66
2.)Diskussionsveranstaltungen
Goldhagen und die Linke
Der deutsche Sonderweg - Abweichung oder die extremste Auswirkung der Nationalbildung
Mathias Küntzel, Justus Wertmüller
Donnerstag 14.5.98, 19.30 Uhr
Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12
3.) Reihe Aktuelle Kapitalismus- und Sozialismuskritik in Deutschland
Jeden Donnerstag, 19 Uhr, Hörsaal S27 der HWP
7.5. Feministische Anmerkungen zum Kommunistischen Manifest
Prof. Dr. Frigga Haug, HWP Hamburg
14.5. Das Marx'sche Klassenkonzept und Klassen heute
Dipl.-Soz. Johanna Klages, HWP Hamburg
28.5. Globalisierung im „Manifest" und heute
Prof. Dr. Wolfgang Fritz Haug, FU Berlin

Unzensiert

Die Infozeitung Unzensiert aus Gießen hat ihr Erscheinen eingestellt. Wie die Redaktion in einem Abschiedsbrief erklärt, sehen sie keinen Sinn mehr in dem Weiterführen des Projektes, da das notwendige Feedback auf die Zeitung zunehmend ausfiel, u.a. auch durch das Auflösen der autonomen Szenestrukturen.
Auch eine Veränderung des Konzeptes, weg von einer reinen Info-Zeitung, durch das Einführen von Schwerpunktthemen weckte nicht das erhoffte Echo.
Schade!

Vegane FrauenLesben Vokü

Chemnitzstr. Montag 11.5. ab 20 Uhr

Wider Expo

FrauenLesbenMädchen-Camp in Hannover

Ab dem 18. Juli 1998 soll auf einer Wiese in/bei Hannover mit der Einrichtung eines Camps für FrauenLesbenMädchen ein Raum geschaffen werden, um sich mit dem Großereignis Expo 2000 intensiver auseinanderzusetzen.
Es soll dabei zu Themen wie Gentechnologie, Siemens, Umstrukturierung, Migration, Expo... gearbeitet werden, wozu auch noch FrauenLesben(Gruppen) gesucht werden, die Lust haben, das Camp inhaltlich mitvorzubereiten.
Außerdem sollen Aktionen zur Expo geplant werden.
Das Camp wird rolligerecht sein und soll möglichst mehrsprachig (deutsch/englisch/Gebärdensprache..) stattfinden, wofür auch noch Dolmetscherinnen gesucht werden.
Es wird noch einen ausführlichen Aufruf geben,
Kontaktadresse ist der
FrauenLesbenladen Mafalda
Kreuzstraße 29
28203 Bremen
Fax 0421/702781
Anmeldung, Mitvorbereitung (s.o.), Geldspenden sind sehr erwünscht.

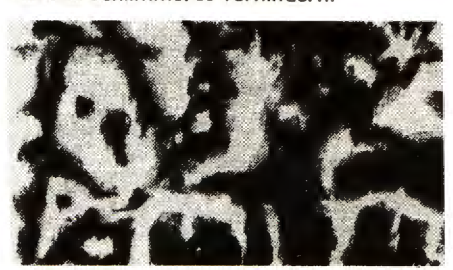


Kader frühstücken erst ab 19.00 Uhr!

Im Rahmen des 4. Konkret Kaderfrühstücks diskutieren Micha Brumlik, Angelika Timm und Hermann L. Gremliza zum Thema "50 Jahre Israel. Und die deutsche Linke"
Galt die Linke nicht im eigenen Bewußtsein wie in dem der Rechten als zuverlässige Gegnerin nationalistischer, faschistischer, völkischer, rassistischer Politik? Wie dann konnte es geschehen, daß die deutsche Linke sich den Vorwurf zuzog, ihr Antizionismus sei nichts anderes als die gesellschaftsfähige Variante des Antisemitismus? Was war es, das die deutsche Linke unter Dutzenden nationaler Befreiungsbewegungen so eng an die Seite der PLO trieb, daß das Palästinensertuch zur Fahne der deutschen Friedensbewegung wurde? U. a. diese Fragen wollen die InitiatorInnen des Kaderfrühstücks diskutieren am
Freitag, 8. Mai 98, 19.00 Uhr W3, Nernstweg 32 HH-Altona,
Eintritt 5,- / 3,- Mark

Die Stadt gehörte allen...

Zum Aktionstag am 18.4. gegen Vertreibung und Ausgrenzung kamen ca. 150 Menschen. Zunächst wurden in der Mönckebergstraße Platzverweise an PassantInnen erteilt (von selbsternannten autonomen security-sheriffs und sheriffinnen). Nach einem Umzug in die Wandelhalle des Hauptbahnhofs terrorisierte dort der Pöbel die Reisenden durch Herumlungern und Cola-Dosen-Fußballspielen.
Anschließend wurde am Hachmannplatz ein „Sicherheitsgitter" zur Verhinderung unberechtigten Lagerns von Straftätern entfernt. Nur das beherzte Auftreten von BGS und Polizei, die sich uneins waren über ihre jeweiligen Kompetenzgrenzen, konnte Schlimmeres verhindern.

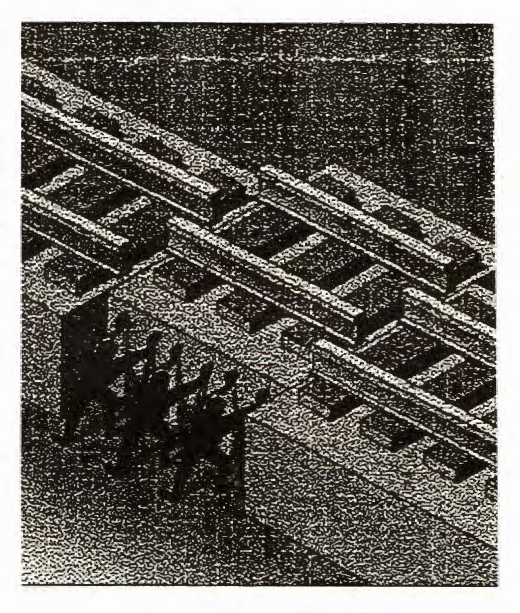


Mordversuch von Tostedter Neonazis

Bei einem Überfall von Neonazis in Tostedt am 20. April wurde eine 22 jährige Frau lebensgefährlich verletzt. Acht Skinheads hatten mit Gaspistolen und Baseballschlägern vier Mitglieder der Gruppe „prison watch international" vor einer Privatwohnung aufgelauert. Diese hatten zuvor einen Mann aus dem Krankenhaus abgeholt, der bei einem ersten Angriff der Nazis verletzt worden war.
Am Abend demonstrierten 150 Menschen spontan gegen die sich seit einigen Jahren häufenden, gezielten Übergriffe von Tostedter Nazis gegen Linke und Ausländer. So wurde unter anderem im Herbst 1996 eine Gruppe polnischer Austauschschüler in einem Jugendzentrum angegriffen und teilweise schwer verletzt.
Das Stadt Tostedt reagierte auf die neonazistischen Aktivitäten, indem sie den Rechtsradikalen städtische Räumlichkeiten zur Verfügung stellte und eine „aufsuchende Sozialarbeit" andiente.
Die Ursache für deren Aktivität wurde eh bei den „Anderen" ausgemacht. Im Hamburger Abendblatt vom 21. April 98 verkündete der Tostedter Ordnungsamtsleiter Dieter Hellberg, bei den Rechtsradikalen handele es sich um „mißachtete Jugendliche", mußte Tostedt doch erleben, „daß in den letzten Jahren mehr als 1000 Aussiedler und Asylbewerber untergebracht werden mußten, während viele Tostedter aufgrund hoher Mieten ihre Wohnungen kaum noch bezahlen konnten."

Dokumentation: Vollkommen neue Form des Air-Conditionings in Hamburg!

"vom 8.4. auf den 9.4. wurde in einer nacht- und nebel-aktion in mehreren partei-büros eine vollkommen neue form des air-conditionings installiert. betroffen davon waren alle 4 in der brd machthabenden parteien (cduspdfdpgrüne). durch die an verschiedenen stellen angebrachten luftlöcher soll den in den büros sitzenden politikerInnen erstmals ermöglicht werden, aus ihrem machtpolitischen mief heraus zukommen und einen minimalen kontakt zur realen welt auf der straße zu bekommen.
die aktion ist eine reaktion auf die polizeigewalt, mit der ende märz der atommüll-transport nach ahaus geprügelt wurde.
ganz bewußt sollten dabei die grünen miteinbezogen werden. die worte des grünen polizeipräsidenten wimmer: 'es war eine taktische meisterleistung, den transporttermin geheimzuhalten', zeigen ganz deutlich, daß die grünen wieder lernen müssen, daß polizeigewalt kein mittel sein kann, um politische ziele gegen die bevölkerung durchzusetzen. solange sich die grünen nicht eindeutig von prügelknaben wie wimmer distanzieren, müssen auch sie damit rechnen in aktionen wie diese miteinbezogen zu werden.
ansonsten fordern wir das übliche!
aktionskreis 'steife brise' "



NIX[4] - Die Krallen gezeigt?

Sicher ist es nicht nur uns aufgefallen, daß im Vorfeld der letzten „nix-hoch"-Kampagne die ehemals so beliebte Wurfanker-Aktionsform nur wenig in Erscheinung trat. Und da fragen wir uns und euch:
Woran mag das gelegen haben?
Hat das mit den Eigenheiten des letzten Transportes zu tun? (Ahaus statt Gorleben inklusive anderer politischer Gewichtungen in Vorbereitungen und inhaltlicher Ausrichtung).
Oder liegt es an erschwerten Bedingungen aufgrund zunehmender Repression, sprich in diesem Fall verstärkte Bewachung und Kontrolle von für diese Aktionsform geeigneten Orten?
Lag es an einsetzender Frühjahrsmüdigkeit?
Gab es vielleicht doch viel mehr Krallensabotage, die einfach nur verschwiegen wurde?
Zumindest uns kommt es so vor, als wäre die Debatte darum, die auch nur sehr zögerlich in wenigen Beiträgen öffentlich geführt wurde (s. Interim Winter 96/97), nie zu Ende geführt worden.
Was wir aber für dringend notwenig halten!
Mit dem damals verletzten Lokführer kam es erstmalig zu einer Gefährdung von Personen. Vormals bewegte sich die Aktionsform nur auf dem Boden der Sachbeschädigung, der materiellen Sabotage an technischem Gerät. Damit fallen Wurfankeraktionen nicht mehr unter den angeblichen Konsens des Anti-Atom-Widerstandes, eine Gefährdung von Personen auszuschließen.
Desweiteren kann der Anschlag vom Oktober 96 propagandistisch gegen uns gewendet werden (wurde ja auch) und damit die Vermittelbarkeit von Krallensabotage schwieriger werden.
Wir glauben jedenfalls nicht, daß es sinnvoll ist, die Wurfanker weiterhin einzusetzen, ohne daß die Debatte um die Aktionsform sowohl praktisch wie inhaltlich zu einem zufriedenstellenden Ergebnis gekommen ist. Dafür muß sie aber erst wieder begonnen werden, was wir mit disem Schreiben versuchen wollen. Als Forum schlagen wir die Interim vor, da wir davon ausgehen, daß sie am meisten rumkommt.
Gruß, der Skatclub



Rote Flora: Straftaten quer durch das Gesetzbuch!

Was passiert, wenn die Rote Flora auf einer Pressekonferenz zur Situation der offenen Drogenszene rund um das Projekt und der eigenen Haltung dazu Stellung nimmt? Was passiert, wenn auf dieser Pressekonferenz vom 2. April statt polizeilich-repressiver Maßnahmen endlich schlüssige politische Handlungskonzepte gefordert werden? Fast nichts, sieht man von einem Pflichtartikel in der taz, einem Kurzartikel in der Mopo und zwei 1:30-Minuten Beiträgen im lokalen Fernsehen ab, sowie der Tatsache, daß den politisch Verantwortlichen nichts Besseres einfällt, als keine 24 Stunden danach durch die Polizei eine provisorische Möglichkeit, sicht- und wettergeschützt zu drücken, abgerissen wird.
Was passiert aber, wenn vor der Roten Flora das linke Vorderrad des Streifenwagens "Peter 16/2" angezündet wird, einige Müllsäcke auf der Straße zur Entzündung gebracht werden und Steine in Richtung anrückender PolizistInnen geworfen werden, wie in der Nacht vom 13./14. April geschehen? Dann wird selbst in den überregionalen Medien über die verfehlte Drogenpolitik des Hamburger Senats im Schanzenviertel berichtet. In allen Hamburger Tageszeitungen ist die Situation im Stadtteil Aufmacher, selbst das nicht als liberal verdächtige Hamburger Abendblatt fordert im Kommentar, der Hamburger Senat müsse handeln und meint damit, daß die verfahrene Drogenpolitik des Senats endlich revidiert werden müsse.
Von dieser Revision scheint der rotgrüne Senat jedoch noch Lichtjahre entfernt. Der neuen Gesundheitssenatorin Karin Roth (SPD) fällt nichts besseres ein, die MitarbeiterInnen des "Fixsterns" dazu zu zwingen, ihr Angebot auf den ursprünglichen Umfang auszudehnen. Möglich gemacht werden soll diese Maßnahme durch den Einsatz von Kräften anderer Drogenhilfeeinrichtungen. Fachliche Einwände gegen diese Maßnahme, die die personelle Unterbesetzung des "Fixsterns" unter Inkaufnahme von Personalengpässen in anderen Einrichtungen auffangen soll, wurden abgewiesen. Die Diskussion um die Frage, wie überhaupt eine verantwortbare Arbeit im Schanzenviertel geleistet werden kann, durfte gar nicht erst geführt werden. Klare Ansage an den "Fixstern": entweder zieht die

Einrichtung mit oder die Sozialbehörde werde die Trägerschaft des "Fixsterns" durch "freiraum e.V." infragestellen.
Ähnlich phantasievoll agiert weiterhin auch die Hamburger Polizei im Schanzenviertel. Tagtäglich laufen sich ganze Züge der Bereitschaftspolizei bei dem Versuch, die vermuteten oder tatsächlichen DrogenkonsumentInnen und -verkäufer "auf Trab" zu halten, die Füße platt. So richtig geholfen hat's bis jetzt noch nicht. Stattdessen kommen ihnen in den letzten Wochen häufiger Einsatzfahrzeuge abhanden: nicht nur beim "Peter 16/2" müssen Vorderrad, Frontscheibe und Innenraum repariert werden, bereits am Samstag, dem 11. April mußte das Zivileinsatzfahrzeug HH-YW 1440 der Werkstatt überstellt werden. Im Rahmen des Samstagsfrühstücks wurde es nicht nur mit dem gesprühten Hinweis "Zivi" versehen, sondern auch kurzerhand die Heckscheibe entglast. Hatte die Polizei diesen Vorfall zunächst verschwiegen, nutzt sie ihn jetzt zu einem Novum polizeilicher PR-Tätigkeit im Schanzenviertel. Unter der Überschrift "Polizei Hamburg bittet um Ihre Mitarbeit" verteilte sie am 23. April im Schulterblatt ein Fahndungsflugblatt (!), auf dem eine 'gesichtslose' Phantomzeichnung eines vermeintlichen Täters zu sehen ist, der im Zusammenhang mit der Aktion gegen den Ziviwagen angeblich gesucht wird. Da aber noch nicht mal die Minimalanforderungen eines polizeilichen ZeugInnenaufrufs wie die Eingrenzung des tatsächlichen oder vermuteten Tatzeitraums, Beschreibung der Körpergröße/-statur der gesuchten Person (immerhin gibts ja die Angaben über die vermeintliche Kleidung, also muß irgendjemand ja den "Täter" gesehen haben) erfüllt wurden, hat diese polizeiliche Aktion nur einen Zweck: den der Stimmungsmache mit dem Versuch, vom polizeilichen Versagen bei der sogenannten Bekämpfung der Drogenszene abzulenken. Und so paßt es der Polizei auch gut ins Konzept der Stimmungsmache, wenn sie die falsche Behauptung nicht dementiert, der Einbruch, zu dem "Peter 16/2" am 13.4. gerufen wurde, sei eine Falle "der" Autonomen gewesen.
Eins steht jedenfalls schon jetzt fest: der Sommer 1998 wird interessant im Schanzenviertel!

Der Kontaktbereichsautonome



Schnellverfahren und Hauptverhandlungshaft

Anmerkungen zu einem Artikel im Antifaschistischen INFO-Blatt Nr. 41/97

Seit 1994 gibt es das neue sog. „Schnellverfahren" („beschleunigtes Verfahren", §§ 417ff. StPO) und seit 1997 sie sog. „Hauptverhandlungshaft" (§ 127b StPO).
Mit dem Schnellverfahren soll die Möglichkeit geschaffen werde, daß „auf frischer Tat" gefaßte StraftäterInnen sofort nach der Festnahme, i.d.R. am nächsten Tag, vor Gericht gestellt und verurteilt werden. Dazu sind prozessuale Schutzrechte der Angeklagten massiv eingeschränkt worden, z.B. braucht keine schriftliche Anklage erstellt zu werden, die Beweiserhebung ist eingeschränkt, ZeugInnen müssen nicht unmittelbar aussagen, sondern es kann aufgrund verlesener Vernehmungsprotokolle verurteilt werden usw.. Voraussetzung für ein Schnellverfahren ist „einfacher Sachverhalt", „klare Beweislage" und ein nicht allzu schweres Delikt (höchstmögliche Strafe im Schnellverfahren ist 1 Jahr Freiheitsstrafe, bzw. in dem Fall, daß kein Verteidiger anwesend ist, 6 Monate). Das Schnellverfahren wurde eingeführt mit dem ausdrücklichen Hinweis, es sei geeignet u.a. für „reisende Gewalttäter", also DemonstrantInnen.
Da sich schnell herausstellte, daß die wenigsten Menschen einen solchen „kurzen Prozeß" freiwillig mitmachten und zum Schnellprozeß oft einfach nicht erschienen, wurde diese Vorschrift ergänzt durch die Hauptverhandlungshaft. Danach kann einE FestgenommeneR, die/der für ein Schnellverfahren vorgesehen ist, bis dahin (bis zu einer Woche) auch ohne „Haftgrund" (das ist: (Flucht- oder Verdunkelungsgefahr) eingeknastet werden.
Diese Instrumente werden in letzter Zeit tatsächlich gegen uns angewandt: vgl. z.B. taz vom 24.3.98, S. 9: 2 mal vom Amtsgericht Heilbronn (wegen Anti-Castor-Aktionen); bekannt sind uns weitere Fälle aus Erfurt (Anti-Autobahn), München und Göttingen (jeweils Antifa), alle aus den letzten Monaten. Wir müssen uns also damit beschäftigen, darüber aufklären, Verhaltenstips erarbeiten und weitergeben

§§

und gegen die Vorschriften und ihre Anwendung politisch Druck machen. Insofern ist es höchst erfreulich, wenn im Antifaschistischen INFO-Blatt ein Artikel dazu erscheint. Dieser Artikel ist auch zu zwei Dritteln gut und nützlich, enthält jedoch in seinem letzten Drittel Verhaltensvorschläge, denen wir deutlich widersprechen!
Zunächst weist der Artikel ganz richtig darauf hin, daß Betroffene auf jeden Fall eine Anwältin verlangen sollten. Für den Fall, daß sie das Schnellverfahren gegen euch durchziehen wollen, ohne daß ihr einen Anwalt habt, wir in dem Artikel gesagt, daß ihr „Anträge stellen müßt, um das Verfahren noch abzuwenden"; es wird



empfohlen, sich dabei auf „Artikel 6 Abs 3b der Menschenrechtskonvention" zu berufen; es wird weiter empfohlen, Beweisen träge zu stellen und sogar ZeugInnen zu deiner Entlastung zu benennen, etwa in der Art: „XY war auch dabei und kann bezeugen, daß ich nicht ...". Das halten wir für grundfalsch und saugefährlich!
Die Rote Hilfe rät zur konsequenten und umfassenden Aussageverweigerung, egal ob als ZeugIn oder BeschuldigteR, egal, ob vor Polizei, Staatsanwaltschaft oder Richter! Auf jeden Fall solange, bis Gelegenheit zum ungestörten Anwaltsgespräch und zum ruhigen Überlegen ist: auf gar keinen Fall also irgendwas sagen, nachdem du überraschend verhaftet wurdest und/oder eine Nacht im Knast verbracht hast!
Name, Adresse, Geburtsdatum und -ort, Beruf (allgemein) und Familienstand - das sind die „Angaben zur Person" und sonst nix! Die einzigen Worte, die darüber hinaus über unsere Lippen kommen sind allein: „Ich verweigere die Aussage!" und „Ich will sofort eine AnwältIn sprechen!".
Erstmal ist es nicht nötig, sich auf irgend etwas zu berufen oder irgendwelche Anträge zu stellen! Wer gar nichts sagt, gerät auch nicht in Gefahr, zu irgend etwas sein

„Einverständnis“ zu geben, z.B. zur Verlesung von Aussagen oder zum Rechtsmittelverzicht - Schweigen reicht, entgegen dem Eindruck, den der Artikel erweckt, wenn er schreibt: „Die Zustimmung dazu müßt ihr natürlich verweigern.“ Ob das Verfahren gegen die Menschenrechtskonvention verstößt (die „ausreichende Gelegenheit zur Verteidigung“ vorschreibt), sollte mal in einem geeigneten Fall vor einen europäischen Gerichtshof getragen werden, die Rote Hilfe wäre bei der Finanzierung eines Musterprozesses sicherlich dabei - dafür ist es aber völlig unerheblich, ob die/der Betroffene sich am Anfang darauf berufen hat oder nicht! Mensch sollte Leute, die auf ne Demo gehen nicht auch noch damit belasten, sie müßten sich Artikel der Menschenrechtskonvention o.ä. merken.
Keine Aussagen außer Personalien machen, EA- und/oder Anwalts-Telefonnummer parat haben, das ist alles, was DemonstrantIn „im Fall des Falles“ wirklich draufhaben muß, sonst nix.
Richtig falsch und gefährlich werden die Ratschläge aber unserer Meinung nach dort, wo geraten wird, ZeugInnen zu benennen: Damit reitet ihr andere rein! Um Himmels Willen nicht sagen wer (Name, Adresse ...) wo dabei war! Daß das erstens nichts nutzt und zweitens schadet, ist schon im o.g. taz-Artikel nachlesbar: Trotz 3 von ihm benannter EntlastungszeugInnen wurde der Angeklagte verurteilt und die drei EntlastungszeugInnen noch im Gerichtssaal festgenommen und angeklagt wegen Meineides! Auch wenn's nicht ganz so schlimm kommt: etwas Besseres kann den Repressionsorganen gar nicht passieren, als wenn wir unter diesen Bedingungen (Verhaftung bei der Aktion, Nacht im Knast, unberaten, ohne Rücksprache mit FreundInnen, politischen Gruppen, EA, Roter Hilfe ...) zu plaudern beginnen, ihnen alles erzählen, von dem wir glauben (ohne irgendwelche Akten gesehen zu haben) es könnte uns entlasten o.ä.. Dann hätten sie ein wichtiges Ziel des Schnellverfahrens, nämlich zu verhindern, daß unsere Soli- und Prozeßvorbereitungsstrukturen zu greifen beginnen, erreicht!
Was statt dessen? Jede Aussage verweigern, immer wieder nach dem Anwalt verlangen. Möglicherweise werden sie schon, wenn sie merken, daß du konsequent und nicht einzuschüchtern bist, auf ein Schnellverfahren verzichten, dies ist ja für „einfache Sachverhalte“ gedacht. Wenn sie es dennoch durchführen wollen, kannst du sie in dieser Situation nicht daran hindern - dann laß es über dich ergehen, wie einen Regenschauer. Unmittelbar danach ist erst einmal Ruhe, sie lassen dich raus und du kannst sofort zur AnwältIn/EA/ Roter Hilfe, du legst innerhalb einer Woche Berufung ein und bereitest dich in aller Ruhe auf den Berufungsprozeß vor. (Sollte die Berufung in Bagatellverfahren wegen § 313 StPO ausnahmsweise nicht möglich sein, so wäre dies ein Fall, der einmal bis in die höchste Instanz getrieben und öffentlich besonders angeprangert werden müßte. Das Schlimmste aber, was theoretisch in einem solchen Fall passieren kann, ist eine Geldstrafe von maximal 15 Tagessätzen.)
Inhaltliche Anträge (Beweisanträge) solltest du auf gar keinen Fall stellen! Eingelegte Proteste oder formale Anträge des ersten (Schnell-)Verfahrens spielen im Berufungsverfahren sowieso keine Rolle, aber was eine Rolle spielen kann, und zwar in der Regel gegen dich, sind die gemachten Aussagen im ersten Verfahren, von dir und den zeugInnen!
Also: Keine Aussagen im Schnellverfahren, keine inhaltlichen Anträge (in denen in irgendeiner Weise zum Strafvorwurf Stellung genommen wird), vor allem keine ZeugInnenbenennungen!

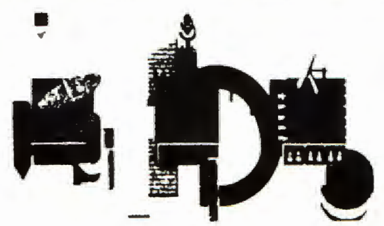
Rote Hilfe, Ortsgruppe Hamburg
(leicht gekürzt)

Die Vielfalt der Menschen wird der Einfalt der Typen geopfert

Texte wider der Rassenkonstruktion durch die Humanbiologie

„Mit Begriffen, die häufig nicht wertfrei benutzt werden, findet am Institut ein sensibler Umgang und eine kritische Auseinandersetzung statt.“ Wie bitte? Ein sensibler Umgang mit „rassischen Mischehen“, „fremdrassischen“, oder „gleichrassischen Partnern“? Dem widerspricht die AG gegen Rassenkunde - jetzt auch in Buchform - und dokumentiert die seit 1986 geführte Auseinandersetzung um Forschung und Lehre am Institut für Humanbiologie der Universität Hamburg. Im Zentrum ihrer 224 Seiten umfassenden Kritik steht das Lehrbuch des Institutsleiters, Prof. Dr. Rainer Knußmannn.

Die „Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuitäten in der Humanbiologie“ verweisen auf die Geschichte, die Wissenschaftskritik der Aufklärung und Carl Linne'. Auf letzteren geht die Konstruktion der Hautfarbe als bestimmendes Merkmal zur Einteilung von Rassen zurück. Phänotypische und physiologische Merkmale - hauptsächlich Haut-, Haarfarbe sowie Körperformen - wurden herausgepickt, um die Herrschaft der europäischen Eroberer über die kolonialisierten Völker zu legitimieren. Warum aber war die Hautfarbe ausschlaggebend? Die Antwort ist relativ simpel: der Einfachheit halber. „Rassen“ kommen in der Natur nicht vor. Sie sind das Produkt klassifikatorischer Anstrengungen, und der größte Teil der Informationsaufnahme erfolgt über das menschliche Auge.



Die Hamburger Presseberichterstattung hat in den vergangenen zwei Jahren eine Menge Staub aufgewirbelt. Der ehemalige Wissenschaftssenator Leonhardt Hajen forderte vom Präsidenten der Universität, Jürgen Lüthje, eine Stellungnahme.

Eine Arbeitsgruppe des Akademischen Senats wurde eingesetzt, der Kriminologe Fritz Sack mit einem Gutachten beauftragt. Dieser bezeichnet die im Lehrbuch behaupteten Zusammenhänge zwischen Kriminalität und „genetischer Belastung“ bei Personen mit „psychischen Auffälligkeiten“ als „irreführend, wissenschaftlich unvertretbar und politisch verantwortungslos“. Ganz anders der Abschlußbericht vom 30.10.1997: Der Akademische Senat kommt darin zu dem Schluß, daß die „Vorwürfe des Rassismus, des Antisemitismus und des Biologismus“ gegenüber den Lehrenden des Institutes „nicht begründet“ seien. Konsequenzen? Die Rassenkunde-Veranstaltung wird mit Beginn des neuen Semesters in „Geographische Variabilität des Menschen“ umbenannt, und die beanstandeten Materialien aus der Zeit des Nationalsozialismus landen im institutseigenen Giftschrank.

Für die AG gegen Rassenkunde sind das kosmetische Maßnahmen, solange nicht der Rassenbegriff samt Begründungszusammenhang vom Tisch ist. Ihre Forderung lautet: Schließung des Institutes und Einrichtung eines Arbeitsbereiches ‚Kritische Biologie'. Ihre in der „Reihe antifaschistische Texte“ (rat) erschienene Aufsatzsammlung schließt mit einer „Chronik der Proteste“ der letzten 12 Jahre. In den Beiträgen von Britta Bergmann, Jakob Michelsen und Elke Ostbomk-Fischer geht es um den Zusammenhang von „Geschlechterkonstruktionen“ und „lesben- und schwulenfeindlicher Forschung am Humanbiologischen Institut“. Ruth Stiasny streift durch die geschichtlichen Verwicklungen des Rassismus, und Jakob Michelsen verfolgt die inhaltlichen und personellen Linien der NS-

AnthropologInnen der „Breslauer Schule“ bis heute.

AG gegen Rassenkunde (Hrsg.), Deine Knochen - Deine Wirklichkeit, Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie, reihe antifaschistischer texte/Unrast-Verlag, Hamburg/Münster, März 1998, ISBN: 3-928300-80-6, 224 Seiten, paperback, DM 16,80.-

Dokumentation:

Aktion gegen SPAR und Dotterweich

„Die Profiteure rassistischer Sondergesetze haben Namen und Anschrift.“

Heute morgen sind auf dem Fuhrparkgelände des Hauptsitzes der SPAR-Handels Ag, Osterbrooksweg 35-45 in 22867 Schenefeld, mehrere LKW's in Flammen aufgegangen. Nicht weit entfernt, im feinen Blankenese, wurden am Haus des SPAR-Vorsitzenden und Multimillionärs Helmut Dotterweich, Brandts Weg 6, 22587 Hamburg, Tel. 868402, Scheiben eingeschlagen und Farbe innen und außen verteilt.

Die SPAR-Handels Ag, Umsatz 1997 über 14 Milliarden DM, ist im Zusammenhang mit Intermarche Frankreich der zweitgrößte Einzelhandelsriese Europas. Beim Ausverkauf der DDR machte SPAR mit der Übernahme der HO-Märkte ein Schnäppchen. Es folgte in den nächsten Jahren der Aufkauf eines Teils der ASKO-Kette (u.a. Bollemärkte in Berlin) und von SB-Warenhäusern. Letzter Coup: Das Schlukken aller Safeway und Promärkte. Tausende von Arbeitsplätzen wurden wegrationalisiert und blieben bei diesen Konzentrationsprozessen auf der Strecke. Die meisten KundInnen kennen SPAR nur aus der Eigenimagewerbung als „guten Nachbarn“ und aus eigener Erfahrung als „guten Abzocker“ an der Kasse. Den wenigsten dürfte bekannt sein, daß sich SPAR spätestens seit letztem Jahr auch an der Umsetzung rassistischer Sondergesetze beteiligt und daran verdient.

Im Sommer 1997 trat ein geändertes Asylbewerberleistungsgesetz in Kraft, welches vorsieht, daß neben AsylbewerberInnen nun auch Kriegs- und Bürgerkriegs- sowie geduldete Flüchtlinge lediglich einen 80%igen Sozialhilfesatz erhalten sollen. Desweiteren läßt der Gesetzestext den ausführenden Behörden einen Ermessungsspielraum, die Sozialhilfe als Sachleistungen, Bargeld oder in Form von Gutscheinen auszuzahlen. Betroffen sind von diesen Regelungen bundesweit ca. 500.000 Menschen. Einige Bundesländer (z.B. Berlin, Bayern, Baden-Württemberg) nutzten diese Gelegenheit, um neben der Auszahlung von 80,-DM Taschengeld monatlich intensiver eine Gutscheinpraxis anzuwenden. In Berlin müssen seit dem 1.7.97 2500 Flüchtlinge in zwei Sammelmagazinen des Sorat-Konzerns einkaufen.

Diese beiden Läden werden von SPAR beliefert.

Die Magazine haben nur kurze Öffnungszeiten, es gibt wenig frische Lebensmittel, Waren sind überteuert, viele Flüchtlinge müssen lange Anfahrtswege in Kauf nehmen, um dorthin zu gelangen (Fahrkosten gehen dann auch noch von den 80,-DM Taschengeld ab). Das Ziel dieser schikanösen Praxis ist eindeutig: Abschreckung, Ausgrenzung, Entwürdigung. Angesprochen auf die erheblichen Kosten dieses Verfahrens („Sachleistungsprinzip“ ist teurer und aufwendiger als Bargeldauszahlungen), äußerte sich der Senat in einem Schreiben an die Bezirkssozialämter unverhohlen, daß die ganze Angelegenheit auf lange Sicht gesehen werden müsse und sich der Abschreckungseffekt langfristig auszahlen werde. Sorat (der Konzern verdient auch noch an Hotels, Flüchtlingsunterkünften, Aussiedler- und Obdachlosenheimen sowie am B.O.S.S.-Wachschutz) ließ zwischenzeitlich verlauten, sie würden sich aus dem Geschäft mit den Gutscheinen zurückziehen. Tatsächlich jedoch geht der Verkauf in den Magazinen weiter. Sorat beteiligt sich sogar an der Ausschreibung für ein Chipkartensystemprojekt für bargeldlosen Einkauf, was der Berliner Senat dann gerne auf alle Flüchtlinge in der Stadt anwenden möchte.

Erst kürzlich tat sich Berlin erneut mit einem Plan hervor, die Lebensrealität von Flüchtlingen hier noch weiter zu verschärfen. Über den Weg einer Bundesratsinitiative wurde im Schulterschluß mit Glogowskis Niedersachsen, Bayern und Baden-Württemberg eine weitere Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes angestrebt: „Ausreisepflichtige“ und „geduldete AusländerInnen“ sollen grundsätzlich kein Anrecht mehr auf Sozialhilfe, Wohngeld sowie medizinische Versorgung haben. Nur eine Rückfahrkarte in ihr „Herkunftsland“ und Zehrgeld wird ihnen zugestanden. Betroffen wären hiervon z.B. Flüchtlinge aus Bosnien, dem Kosovo, Vietnam, Kriegsflüchtlinge aus Somalia und Afghanistan. Den Bundesrat passierte dieser Vorstoß ziemlich glatt. Das Bundesgesundheitsministerium hat auf Proteste hin Ende Februar einige einschränkende Änderungsvorschläge gemacht und den Angriff etwas abgeschwächt. Die nächsten Monate werden zeigen, wie Bundesregierung und Bundestag dieses widerwärtige Vorhaben auszuformen gedenken und ob sich Widerstand dagegen entwickelt.

Wir beziehen uns mit unseren Aktionen auf die Proteste der Betroffenen, die Kundgebungen und militanten Initiativen in Berlin gegen Sorat (so das Abfackeln ihrer Hoteljacht Anfang Januar 98, die Entglasung zweier Hotels Mitte Dezember 97) als auch auf die Anschläge auf die SPAR Niederlassung Mittenwalde August 97 und die Kaisersfiliale in Berlin am 3.10.97, Sprühaktionen gegen Lebensmittelgeschäfte im September 97.

Die Organisationsform von Profiteuren wie SPAR und Sorat bietet viele Möglichkeiten, initiativ zu werden.

Die SPAR-Handels Ag hat Märkte überall in der BRD, auch Sorat's Tätigkeitsbereich ist nicht auf Berlin beschränkt. Die UrheberInnen neuer rassistischer Gesetzestexte lassen sich auskundschaften und angreifen.

Machen wir Sorat, SPAR, Weigl und wie sie sonst noch alle heißen einen Strich durch die Rechnung .

Schluß mit der rassistischen Gutscheinpraxis, weg mit den Sondergesetzen!

<u>Grenzen auf, Bleiberecht für alle!!</u>

Hamburg, 29.3.98



Dokumentation der Pressekonferenz in der Roten Flora vom 02.04.98

1. Anfang letzter Woche (also Mitte/Ende März) wurde dem Plenum der Roten Flora über einen Anwalt vermittelt, daß die für das Gebiet rund um die Flora zuständige Polizeiwache 16 auf Veranlassung der Innenbehörde mit uns das Gespräch sucht. Kurz danach erreichte die Situation für DrogenkonsumentInnen und - händerInnen rund um die Flora eine neue Dimension.: Seit Donnerstag den 26.03.98, nachdem der FixStern mit einer vorübergehenden Schließung auf die Überlastung des einzigen Druckraumes im Schanzenviertel aufmerksam gemacht hat, wird die Repression gegen UserInnen und HändlerInnen bis auf unser Gebiet direkt an der Flora ausgedehnt.
Es werden Razzien mit Platzverweisen und Personalienfeststellung, begleitet von Drohgebärden einer bereitgehaltenen Hundertschaft Polizei an der Lerchenwache, nun auch unmittelbar an der Flora durchgeführt. Nach einer kurzen Unterbrechung dieser polizeilichen Maßnahmen am Wochenende geht die Vertreibungspolitik seit Dienstag, den 31.03.98 weiter.
Das diese Maßnahmen begleitende Gesprächsangebot der Polizei sollte offensichtlich dazu dienen, das Projekt Flora in die Vertreibungsabsichten einzubinden und die Polizei gegen Widerstandshandlungen abzusichern.
Wir sehen überhaupt keine Veranlassung, uns mit der Polizei auf Gesprächsebene zu treffen. Die Polizei ist im Konflikt um die Hamburger Drogenpolitik Repräsentantin von ausgrenzenden Repressionsszenarien gegen KonsumentInnen und HändlerInnen. Stattdessen ist es aber erforderlich, den Raum für eine politische Diskussion zu eröffnen und drogenpolitische Wege zu gehen, die der Verelendung und Vertreibung der Drogenszene entgegenwirken. Da die Flora mit dem Versuch, im Umfeld des Projektes einen solidarischen Umgang mit den von diesen ausgrenzenden Maßnahmen Betroffenen zu suchen, im Schanzenviertel einen aktuellen Kristallisationspunkt der Auseinandersetzung um die weitere Entwicklung der Hamburger Drogenpolitik darstellt, wollen wir heute die Gelegenheit suchen, unsere Position zu erläutern. Wir wenden uns dabei an diejenigen, die an einer konstruktiven Auseinandersetzung jenseits der Vertreibungsroutine interessiert sind.

2. Seit 1994 sammelt sich ein Teil der UserInnen und HändlerInnen von illegalen Drogen, die sich zuvor überwiegend am Hauptbahnhof und in St.Georg aufgehalten haben, am Sternschanzenpark. Von dort wurden sie seit 1997 durch polizeiliche Maßnahmen ins Schanzenviertel gedrängt. Der FixStern als einziger Raum für den halbwegs legalen Konsum stieß schnell an seine Kapazitätsgrenzen. Die Konsequenz daraus war, daß auf der Straße und in den Haus- und Hofeingängen nicht nur gehandelt sondern auch immer mehr konsumiert wurde. Vor allem auch vor der Flora wurde vermehrt gehandelt und unter der Terrasse gedrückt. Das ist relativ einfach zu erklären, da Abhängige, nachdem sie ihren Stoff bekommen haben, nicht zwei bis drei Stunden oder vielleicht sogar bis zum nächsten Tag warten können, bis sie in dem restlos überlaufenen Druckraum an der Reihe sind.
Um mit dieser Situation umgehen zu können, haben wir im Herbst letzten Jahres mit KonsumentInnen illegalisierter Drogen, mit HändlerInnen und mit MitarbeiterInnen des FixSterns Gespräche geführt. Das Ergebnis war, daß in der Flora weder gedrückt noch gehandelt wird und daß zusammen mit UserInnen zwei Sicht- und Windschutzmauern unter der Terrasse gebaut und die Reinigung der Fläche halbwegs organisiert wurde. Einige aus der Flora machten eine 1.Hilfe-Kurs, um bei Überdosierungen schnell Hilfe leisten zu können. Außerdem versuchten wir die Öffentlichkeit über die Ursachen des jetzt auch hier öffentlich stattfindenden Konsums zu informieren. Dies waren und sind für uns die einzig möglichen Handlungsformen, um mit der Situation verantwortlich umzugehen, da wir nicht bereit sind, die Vertreibungspolitik des Hamburger Senats mitzumachen.

3. Wir halten die staatliche Vertreibungspolitik, der KonsumentInnen und HändlerInnen permanent ausgesetzt sind, für einen Ausdruck verfehlter Drogenpolitik.
Die staatliche Drogenpolitik hat mit ihrer widersinnigen und heuchlerischen Aufteilung in legale und illegale Drogen und mit den zwangsläufig scheiternden Versuchen, den Konsum und Handel der illegalen Drogen zu verhindern, zu der heutigen Problematik geführt. Resultat dieser Politik ist die Kriminalisierung von Abhängigen und HändlerInnen und insbesondere des zwischen ihnen stattfindenden Handels.
Die Folgen der Kriminalisierung - die Drogen werden teuer, schlechte Qualität durch Strecksubstanzen führt zu Gesundheitsschäden, hohem Geldbedarf und damit illegalen Beschaffungsmethoden, Verelendung - diese Folgen sind ja mittlerweile auch hinreichend bekannt.
In Bezug auf den Drogenhandel folgt die herrschende Logik oft einer besonders perfiden Doppelmoral: während sich die Sichtweise durchgesetzt hat, KonsumentInnen als "Kranke" zu betrachten, ohne allerdings die Ursachen für ihre Verelendung in den staatlich erzwungenen Lebensverhältnissen zu suchen, werden die HändlerInnen zum Inbegriff der Bedrohung hochstilisiert, die es mit aller Härte zu verfolgen gelte. Wenn es sich dabei um ausländische Menschen handelt, wird die Ablehnung des Handels oft genug noch zusätzlich mit rassistischen Komponenten aufgeladen. Wir halten es für grobe Heuchelei, den Zusammenhang zwischen Konsum und Handel und die Notwendigkeit, die Drogen irgendwo zu beziehen, solange sie nicht legalisiert sind, zu ignorieren. Unabhängig davon, wie sich einzelne inhaltlich dazu positionieren mögen, liegt es doch auf der Hand, daß der Handel sich nicht ausklammern läßt, wenn eine sinnvolle Entwicklung der Drogenpolitik gewollt wird.
Unter den politisch herbeigeführten Bedingungen der Illegalität läuft der Drogenkonsum wie auch ein Großteil des Handels weitgehend im öffentlichen Raum ab, der für diese Gruppe weder geschützt noch funktional ist.
Die Vertreibungspolitik, mit der dieser Raum überzogen wird, ignoriert jegliche Zusammenhänge und verfolgt das Ziel, die Verhältnisse unsichtbar zu machen. Die damit einhergehende weitere Verelendung der Betroffenen wird in Kauf genommen bzw. als Abschreckungsfaktor auch durchaus politisch gewollt. Diese Politik transportiert ein auf Ausgrenzung basierendes Gesellschaftsmodell und beruht auf Verachtung gegenüber den KonsumentInnen wie den Handelnden.
Wir lehnen das ab und versuchen an der Flora, diesem Modell konkret etwas entgegenzusetzen. Da unter den derzeitigen Bedingungen Konsum und Handel untrennbar verbunden sind und die Leute einen Raum dafür brauchen, billigen wir das Dealen und Drücken an der Flora im eben vorgestellten Rahmen.
Die Drogenverbotsproblematik kann nicht durch weitere Polizeiaktionen gelöst werden, ganz im Gegenteil wird sie durch jede repressive Maßnahme noch weiter verschlimmert - und auch das ist nicht wirklich neu. Wir finden den Versuch unerläßlich, Wege des Umgangs für alle zu finden, pragmatisch nach den Umständen entsprechenden korrekten Bedingungen zu suchen, statt eine bestimmte Gruppe zur Ursache für Probleme des Stadtteils zu erklären und sie dann zu vertreiben. Deswegen unterstützen wir den Raum, der KonsumentInnen und HändlerInnen rund um die Flora zur Verfügung steht und richten uns auch an anderen Orten der Stadt gegen Vertreibungsabsichten.

4. Mit allem, was hier heute gesagt worden ist, ist auch dem Projekt Flora klar, daß es so nicht weitergehen kann.
Wir halten die Legalisierung aller Drogen für die einzige Lösung, die die Elend produzierenden Begleitumstände des illegalisierten Drogenkonsums beenden wird. Dabei sind wir davon überzeugt, daß sich niemand hinter dieser Legalisierungsforderung als bloßer verbaler Floskel verstecken können darf, ohne auch praktisch etwas dafür zu tun. Trotz des Wissens darum, daß der Ansatz, erste konkrete Schritte an der Flora zu unternehmen, im Stadtteil nicht unumstritten ist, wollen wir mit unserem Umgang die Notwendigkeit, endlich umzudenken, unübersehbar und unüberhörbar machen.
Wenn auch die Unzulänglichkeit unserer Möglichkeiten alzu offensichtlich ist, sind diese doch ohne Alternative angesichts der sinnlosen Vertreibungsaktionen oder der konzeptlosen Drogenpolitik des Hamburger Senats.
Es muß eine Entkriminalisierung her, die den Handel und Konsum bis dato illegaler Drogen nicht mehr der staatlichen Repression aussetzt!
Es müssen Bedingungen geschaffen werden, unter denen Menschen in korrekten Bedingungen ihre Drogen konsumieren können! Das bedeutet nicht nur einen weiteren Druckraum, sondern so viele Kapazitäten zu schaffen, wie und wo sie gebraucht werden. Dabei grenzen wir uns entschieden von Versuchen der CDU ab, deren Forderungen nach Druckräumen lediglich den Wunsch nach Schaffung von Verwahrungsorten für Drogenabhängige darstellt. Derartige Modelle repressiver Toleranzzonen lehnen wir ab!
Es geht nicht darum, die Drogenproblematik aus den Augen und damit aus dem Sinn zu schaffen, sondern von allen akzeptierte und akzeptable Orte zu entstehen zu lassen, an denen Drogenabhängige ihr Überleben - und um nicht mehr oder weniger geht es im Grundsatz bei diesem Konflikt - zu organisieren.
Schließlich wird es mit der Roten Flora keine Einbindung in irgendwelche polizeilichen Vertreibungsszenarien geben. Das verbietet sich schon allein aus den Erfahrungen der Vergangenheit (16-E Schicht, sog. "Plattenlegerprozeß" ...). Stattdessen wollen wir wie bisher geschehen unsere Posion in der Öffentlichkeit verdeutlichen und zur Diskussion stellen und dafür kämpfen, daß kein Klima des Gegeneinanderausspielen von verschiedenen Interessen, die es selbstverständlich auch im Schanzenviertel gibt, dazu führt, daß letztlich diejenigen mit der vermeintlich kleinsten Lobby hintenüberkippen.
In diesem Sinne werden wir, solange DrogenkonsumentInnen für sich keine anderen Möglichkeiten sehen, als sich hinter der Flora zurückzuziehen, diesen Raum mit allen seinen Unzulänglichkeiten offen halten.
Hier wird keine polizeiliche, sondern eine politische Lösung gebraucht!

VertreterInnen der Roten Flora im April 1998



Aktion gegen das M. A. I.

Mal Lust auf eine etwas andere Fete? Interessiert an einer Aktion, die Spaß und Protest, Party und Auflehnung miteinander verbindet? Feiern wollen mit tausenden von Leuten, die zeitgleich in vielen anderen Städten und Ländern ähnliche Parties feiern ?
Dann macht mit bei einer GLOBAL STREET PARTY, dem Tanz gegen das M.A.I.

Was ist eine GLOBAL STREET PARTY?
Der Rahmen einer solchen Party ermöglicht es uns den öffentlichen Raum / Straße zu nehmen um ihm seinen ursprünglichen Zweck zurückzugeben. Informationen, Diskussionen und Spaß soll allen Menschen vor ihrer Haustür möglich sein. Wir unterbrechen den "freien" Handelsverkehr, der auf kapitalistischen Machenschaften beruht.

Warum eine GLOBAL STREET PARTY?
Anlaß ist der vor kurzem aufgeflogene, geheim geplante Vertrag der reichsten Industriestaaten (OECD-Länder): das M.A.I. (Multilaterales Abkommen über Investitionen).
Das M.A.I. schafft Richtlinien nach Interessen der multinationalen Konzerne. Die Ausbeutung der Länder und Menschen wird nach Gesetz/Vertrag rechtens gemacht.
Menschen zählen nur noch als KonsumentInnen, ihre politischen Gestaltungs-möglichkeiten werden beschnitten, Entwicklungsländern wird eine selbstbestimmte Entwicklung unmöglich gemacht und kulturelle Vielfalt wird durch die Logik des globalen Marktes zerstört.
Durch die Straßenparties soll das globale Thema auf die lokale Ebene gebracht und Widerstand gegen Freihandel, WTO und M.A.I. sichtbar gemacht werden.
Am 16. Mai findet in Birmingham das G8-Treffen statt, am 18.-20. Mai die WTO-Ministerkonferenz in Genf. Weltweit wird zu dezentralen Aktionen in dieser Zeit aufgerufen und am 16. Mai finden die GLOBAL STREET PARTIES in vielen Ländern der Welt statt. So auch in Hamburg und anderen deutschen Städten.

Tanzt euch warm gegen kalte Zeiten!
Kommt pünktlich, zahlreich und mit schwungvollen Tanzbein. Bringt gute Laune und viele Freunde/Freundinnen mit, so daß die Party gegen das M.A.I. ein voller Erfolg wird.

Treffpunkt ist am 16.5. um 15 Uhr auf dem Vorplatz der "Bahnhofsmission" in der Kirchenallee.

Es grüßt das ***Global Street Party Komitee.***

Aufgelöst: Die RAF

Die Auflösungserklärung der RAF ist nicht nur – wie üblich – in den Szenepublikationen und Infoläden nachzulesen, sondern auch in (fast) voller Länge in »taz« und »junger Welt«. Sehr zur Freude der Kommentatoren beendet die RAF nach 28 Jahren ihr Projekt Stadtguerilla in der BRD; sie entläßt »sie heute in die Geschichte«.
Nur was soll die Geschichte mit der entlassenen Stadtguerilla anfangen, deren ProtagonistInnen zwar selbstkritisch eingestehen, daß ihr Konzept, das den bewaffneten Kampf zum Dreh- und Angelpunkt der Politik machte, gescheitert ist, die aber den sozialen Bewegungen der letzten 30 Jahre keine Zeile widmet.
Die RAF schreibt: »Das Ausbleiben einer politischen Organisierung über mehr als zwanzig Jahre hinweg hatte zu jeder Zeit einen insgesamt schwachen politischen Prozeß zum Ergebnis.« Und weiter: »Die ausbleibende politisch-soziale Organisierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen.«
Vielleicht war es ja nicht so sehr der Fehler, daß die RAF keine politisch-soziale Organisierung geleistet hat (wie hätte das auch aussehen sollen: Sinn Fein bzw. Herri Batasuna à la BRD?), sondern, daß die RAF spätestens seit '77 politische Organisierung schlicht und einfach ignoriert hat und dies auch weiterhin tut.
Immerhin mobilisierten die Anti-AKW-Bewegung, und die diversen Kampagnen der Autonomen und anderer linker Gruppierungen in den 70er und 80er Jahren Zehn- und manchmal sogar Hunderttausende in den sozialen Bewegungen und erreichten eine Stufe bis dahin nicht dagewesener Massenmilitanz an den Bauplätzen und auf der Straße.
An politisch-sozialer Organisierung hat es nicht gemangelt – auch wenn sie nicht zum Umsturz der Gesellschaft geführt hat.
Und so ist es wohl auch so, daß nur vor der RAF »die Freude, ein umfassendes, ein antiautoritäres und dennoch verbindlich organisiertes Projekt der Befreiung aufzubauen (...) noch unverbraucht und vor allem noch wenig versucht« liegt.
Anstatt am Ende der 90er wieder einen neuen und wieder ganz unschuldigen Schritt in Richtung antiautoritärem Aufbruch zu unternehmen, wäre es wohl sinnvoller, die Erfahrungen, Erfolge, aber auch Sackgassen und Fehler der letzten 30 Jahre soziale Bewegungen zu reflektieren und auf dieser Grundlage an einem linken Emanzipationsprojekt weiterzudenken. Die Geschichte der Stadtguerilla müßte darin ebenso vorkommen wie die Geschichte und Gegenwart der anderen linken, militanten und nicht-militanten Bewegungen. Am Ende einer solchen Debatte könnte dann vielleicht auch die Antwort auf die Frage stehen, ob die RAF tatsächlich »mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen (hat), daß es den Gedenken an Befreiung heute gibt«, oder ob sie vielleicht nur dazu beigetragen hat, daß zur (klammheimlichen) Freude vieler AktivistInnen aus den sozialen Bewegungen ab und zu einmal ein Protagonist des verhaßten Systems in die Luft geflogen ist.

Wir dokumentieren im Folgenden die Auflösungserklärung der RAF in voller Länge, in der Hoffnung, daß dies nicht die letzten Worte zum Projekt Stadtguerilla und seinen Konsequenzen gewesen sind.

Die (Auflösungs-)Erklärung der RAF

Vor fast 28 Jahren, am 14. Mai 1970, entstand in einer Befreiungsaktion die RAF: Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte.
Wir, das sind alle, die bis zuletzt in der RAF organisiert gewesen sind. Wir tragen diesen Schritt gemeinsam. Ab jetzt sind wir, wie alle anderen aus diesem Zusammenhang, ehemalige Militante der RAF.
Wir stehen zu unserer Geschichte. Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit, entgegen der Tendenz dieser Gesellschaft, zur Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse beizutragen. Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein.
Das Ende dieses Projekts zeigt, daß wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte. Die RAF ist unsere Entscheidung gewesen, uns auf die Seite derer zu stellen, die überall auf der Welt gegen Herrschaft und für Befreiung kämpfen. Für uns ist diese Entscheidung richtig gewesen.
Zusammengenommen Hunderte von Jahren Gefängnis gegen die Gefangenen aus der RAF haben uns ebensowenig auslöschen können wie alle Versuche, die Guerilla zu zerschlagen. Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen.
Das Ergebnis kritisiert uns. Aber die RAF - ebenso wie die gesamte bisherige Linke - ist nichts als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur Befreiung.
Nach Faschismus und Krieg hat die RAF etwas Neues in die Gesellschaft gebracht: das Moment des Bruchs mit dem System und das historische Aufblitzen von entschiedener Feindschaft gegen Verhältnisse, in denen Menschen strukturell unterworfen und ausgebeutet werden und die eine Gesellschaft hervorgebracht haben, in der sich die Menschen selbst gegeneinander stellen. Der Kampf im gesellschaftlichen Riß, den unsere Feindschaft markierte, griff einer wirklich gesellschaftlich werdenden Befreiung nur voraus: der Riß zwischen einem System, in dem der Profit das Subjekt, der Mensch das Objekt ist, und der Sehnsucht nach einem Leben ohne den Lug und Trug dieser sich sinnentleerenden Gesellschaft. Die Schnauze voll vom Buckeln, Funktionieren, Treten und Getretenwerden. Von der Ablehnung zum Angriff, zur Befreiung.

Die RAF entstand aus der Hoffnung auf Befreiung.

Mit dem Mut im Rücken, der von den Guerillas des Südens bis in die reichen Länder des Nordens ausstrahlte, entstand am Anfang der siebziger Jahre die RAF, um aus der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen einen gemeinsamen Kampf aufzunehmen. Millionen entdeckten in den Kämpfen des Widerstands und der Befreiung rund um den Globus auch eine Chance für sich selbst. Der bewaffnete Kampf war in vielen Teilen der Welt die Hoffnung auf Befreiung. Auch in der BRD sind es Zehntausende gewesen, die mit dem Kampf der militanten Organisationen des 2. Juni, der RZ, der RAF und später der Roten Zora solidarisch waren. Die RAF entstand als Konsequenz aus den Diskussionen Tausender, die sich in der BRD am Ende der sechziger und den beginnenden siebziger Jahren mit dem bewaffneten Kampf als Weg zur Befreiung auseinandersetzten. Die RAF nahm den Kampf gegen einen Staat auf, der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte. Der bewaffnete Kampf war die Rebellion gegen eine autoritäre Gesellschaftsform, gegen Vereinzelung und Konkurrenz. Er war die Rebellion für eine andere soziale und kulturelle Realität. Im Aufwind der weltweiten Befreiungsversuche war die Zeit reif für einen entschiedenen Kampf, der die pseudonatürliche Legitimation des Systems nicht mehr akzeptiert und dessen Überwindung ernsthaft wollte.

1975-77

Mit der Besetzung der deutschen Botschaft 1975 in Stockholm begann eine Etappe, in der die RAF alles einsetzte, um ihre Gefangenen aus den Knästen zu befreien. Es kam die Offensive 1977, in deren Verlauf die RAF Schleyer entführte. Die RAF stellte die Machtfrage. Es begann ein radikaler und entschiedener Versuch, gegen die Macht eine offensive Position für die revolutionäre Linke durchzusetzen. Der Staat wollte genau das verhindern. Das Explosive, die Eskalation dieser Auseinandersetzung, kam aber auch aus dem Hintergrund der deutschen Geschichte: der Kontinuität des Nazi-Nachfolgestaates, auf die die RAF mit der Offensive traf. Schleyer, während des Nazi-Regimes Mitglied der SS, war wie viele Nazis aller gesellschaftlichen Ebenen, wieder in Amt und Würden gekommen. Karrieren, die von den Nazis bis in die Regierungsämter der BRD, die Justiz, in den Polizeiapparat, in die Bundeswehr, die Medien und in die Konzernspitze führten. Die Antisemiten, Rassisten und Völkermörder waren nicht selten die alten Täter und neuen Mächtigen. Schleyer arbeitete im Geflecht der Nazis und des Kapitals an der Errichtung des europäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Vorherrschaft. Die Nazis wollten ein Europa, in dem es weder Kämpfe zwischen den IndustriearbeiterInnen und dem Kapital noch überhaupt Widerstand gegen ihr System geben sollte. Sie wollten die Aufhebung des Klassenkampfes, in dem sie die einen, die deutsch oder "germanisierbar" und als ArbeiterInnen nutzbar waren, in der "Volksgemeinschaft" einzubinden versuchten. Die anderen wurden in der Zwangsarbeit versklavt oder in den Konzentrationslagern systematisch vernichtet. Mit der Befreiung vom

Nazi-Faschismus und dem Ende der industriellen Vernichtung von Menschen durch die Nazis kam nicht die Befreiung vom Kapitalismus. Schleyer arbeitete nach '45 an denselben ökonomischen Zielen - in der modernisierten Form. Ein Modernisierungsschub kam mit dem sozialdemokratischen Modell der siebziger Jahre. Als Chef der Industrie war Schleyer immer noch im Aufbau eines Systems der Eindämmung sozialen Widerstands gegen die Bedingungen des Kapitals - z.B. durch Aussperrung - und der Einbindung durch tarifvertraglich ausgehandelte soziale Absicherung tätig. Und es ging auch jetzt um die Einbindung vor allem des deutschen Teils der Gesellschaft, die das Kapital zur verschärften Ausbeutung der ArbeitsimmigrantInnen und im Weltmaßstab zur Beherrschung und Auspressung der Menschen im Süden befähigte, was dort massenhafte Vernichtung durch Hunger bedeutete. Die Kontinuität des Systems, die Schleyer verkörperte - in den siebziger Jahren während der Periode des sozialdemokratischen Modells -, ist ein wesentliches Moment des Aufbaus und der Entwicklung der BRD.

Der absolute Zwang zur Zustimmung zu allen Maßnahmen des Krisenstabes und die Verfolgung jeder kritischen Stimme bis zum Versuch, den politischen Gegner auszulöschen - das waren die gleichen Reaktionsmuster, in denen schon die Nazis handelten.

Die Aktionen der Offensive 1977 machten deutlich, daß es in der Gesellschaft Orte gibt, die in keiner Weise vom System einzubinden und kontrollierbar sind. Nach der Ausmerzung des Widerstandes durch die Nazis ist mit den Aktionen der Stadtguerillagruppen nach '68 ein von der Macht nicht mehr zu integrierendes Moment des Klassenkampfes in das postfaschistische Westdeutschland zurückgekehrt. Die Entführung Schleyers spitzte diesen Aspekt des Kampfes wesentlich zu. Der Staat antwortete keineswegs panisch, wie es heute oft gesagt wird. Er reagierte mit der Unterdrückung aller Äußerungen, die die Maßnahmen des Staates im Ausnahmezustand nicht voll unterstützten. Der Staat forderte die Unterordnung der gesamten Medien unter die Linie des Krisenstabs, woran diese sich zum größten Teil freiwillig hielten. Allen, die sich dem nicht unterordneten, drohte die Konfrontation mit dem System. Intellektuelle, von denen jede/r wissen konnte, daß sie nicht mit der RAF sympathisierten, aber dem staatlich verhängten Ausnahmezustand widersprachen, waren vor Hetze und Repression nicht mehr sicher. Die zum Teil wehrmachtserfahrenen Mitglieder des Krisenstabs reagierten '77 im selben Muster, wie es auch die Nazis - wenn auch in weitaus barbarischerem Ausmaß - getan hatten, um antikapitalistische und antifaschistische Kämpfe nicht aufkommen zu lassen oder auszumerzen. Im NS-Faschismus wie auch 1977 zielte die staatliche Politik darauf ab, in der Gesellschaft keinen Raum mehr zwischen gehorchender Loyalität zum Staat im Ausnahmezustand auf der einen und Repression auf der anderen Seite zu lassen.

Nachdem sich immer deutlicher zeigte, daß der Staat Schleyer fallenlassen wurde, kam es durch die Zustimmung der RAF für die Entführung eines zivilen Flugzeugs innerhalb der eigenen Offensive zu einer Guerilla-Aktion, die nur so verstanden werden konnte, als würde die RAF nicht mehr zwischen oben und unten in dieser Gesellschaft unterscheiden. Damit war im Folter zu befreien, die sozialrevolutionäre Dimension des Kampfes nicht mehr identifizierbar. Aus dem Bruch mit dem System und der Ablehnung der Verhältnisse in dieser Gesellschaft - was die Bedingung für jede revolutionäre Bewegung ist - war der Bruch mit der Gesellschaft geworden.

Von den siebziger zu den achtziger Jahren

Die RAF hatte alles in die Waagschale geworfen und eine große Niederlage erlitten. Im Kampfprozeß bis zum Ende der siebziger Jahre hatte sich herausgestellt, daß die RAF aus dem 68er Aufbruch mit nur wenigen anderen übriggeblieben war. Viele aus der 68er Bewegung hatten sich zurückgezogen und nutzten ihre Chancen zur Karriere im System. Die RAF hatte als Teil der weltweiten antiimperialistischen Kämpfe den Befreiungskrieg in der Bundesrepublik aufgenommen. 1977 zeigte sich, daß sie weder die politische noch die militärische Kraft hatte, um die Situation auch nach der hervorgerufenen Reaktion - dem inneren Krieg - noch bestimmen zu können. Es war berechtigt, die historische Situation am Anfang der siebziger Jahre zu nutzen und ein neues und in der Metropole unbekanntes Kapitel in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung aufzuschlagen. Die Erfahrung da Niederlage von 1977 zeigte die Grenzen des alten Konzepts Stadtguerilla der RAF auf. Es konnte nur um ein neues Befreiungskonzept gehen.

Die Frontkonzeption der achtziger Jahre war der Versuch, dies zu erreichen. Die RAF wollte neue Verbindungen und die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf mit radikalen Teilen der seit Ende der siebziger Jahre entstandenen Widerstandsbewegungen schaffen. Doch das Front-Konzept hielt im wesentlichen an den Grundzügen des alten Projektes aus den siebziger Jahren fest. Die bewaffnete Aktion blieb das zentrale und bestimmende Moment des gesamten als Befreiungskrieg bestimmten revolutionären Prozesses.

Die antiimperialistische Front der achtziger Jahre

Am Anfang der achtziger Jahre gab es viele Kämpfe, die sich gegen menschenfeindliche Projekte des Systems richteten, aber auch Ausdruck der Suche nach freien Lebensformen waren. Ein sozialer Aufbruch, der bereits im Jetzt nach dem Anfang einer anderen gesellschaftlichen Wirklichkeit suchte.

Tausende aus den verschiedenen Bewegungen gingen in den Achtzigern gegen das auf die Straße, was auch die RAF seit '79 angreifen wollte: die Militarisierung der Politik der NATO-Staaten, die dem Westen "anderthalb" Kriege gleichzeitig ermöglichen sollte - Krieg gegen die Sowjetunion und gleichzeitig die Kriegsinterventionen gegen Befreiungsbewegungen und Revolutionen wie in Nicaragua, die einen Schritt der Befreiung von den westlichen Diktaturen erkämpft hatten. Die RAF ging davon aus, daß sie in dieser neuen Etappe nicht alleine bleiben würde. Das Konzept war von der Hoffnung getragen, daß sich militante Teile der verschiedenen Bewegungen in die gemeinsame Front stellen würden. Doch dieses Konzept enthielt keinen Ansatz, der damit umging, daß in dieser gesellschaftlichen Situation nur die wenigsten einen Sinn des Befreiungskampfes auf dem Niveau des Krieges sahen. Der Befreiungskampf, dessen zentrales Moment das des Chance gibt, daß Kräfte in da Gesellschaft bereit sind, ihn aufzunehmen; wenn es eine Chance gibt, daß er sich ausweitet - und wenn es wenigstens auf den radikaleren Teil der Bewegungen ist. Aber selbst die, die solidarisch waren - und das waren nicht wenige -, haben den Kampf mit dieser Vorstellung nicht aufgenommen. Der Guerillakrieg braucht die Perspektive auf die Ausweitung auf eine neue Ebene des Kampfes. Diese für den Kampf der Guerilla existenzielle Entwicklung haben wir nie erreichen können. Die Vorstellung der RAF, die die bewaffnete Aktion zum Mittelpunkt des Kampfes bestimmte, unterbewertete die politischen und gegenkulturellen Prozesse außerhalb des politisch- militärischen Kampfes. Die Überwindung dieser strategischen Richtung, die in der Grundstruktur nicht über das Konzept der siebziger Jahre hinauskam, wäre die Voraussetzung für ein neues revolutionäres Projekt gewesen. Die Front konnte das neue Befreiungsprojekt, das die Trennungen zwischen den Bewegungen und der Guerilla aufhob, nicht sein.

Die RAF ging in den achtziger Jahren davon aus, daß der sozialrevolutionäre Ansatz im Angriff auf die zentralen Machtstrukturen des Imperialismus enthalten sei. Mit dieser Vorstellung wurde die Politik immer abstrakter. Es führte zur Aufspaltung von dem, was zusammengehört: Antiimperialismus und soziale Revolution. Der sozialrevolutionäre Ansatz verschwand aus Theorie und Praxis der RAF. Die auf die antiimperialistische Linie beschränkte Orientierung der antiimperialistischen Front war die Konsequenz. Die RAF ist an der sozialen Frage nicht identifizierbar gewesen. Ein Grundfehler. Die Subsumierung jedes sozialen und politischen Inhalts unter den antiimperialistischen Angriff gegen das "Gesamtsystem" produzierte falsche Trennungen statt einen Prozeß der Einheit; und es führte zu einer Unidentifizierbarkeit an konkreten Fragen und Inhalten des Kampfes. Die Wirkung in die Gesellschaft blieb begrenzt, denn die Vorstellung durchzukommen, indem gesellschaftliches Bewußtsein geschaffen wird und so der Konsens zwischen Staat und Gesellschaft aufgebrochen werden kann - ein zentrales Moment jedes revolutionären Prozesses -, verschwand zunehmend. Statt dessen versuchte die RAF, durch die Schärfe des Angriffs das Herrschaftsgefüge des Staates zu zerrütten. Die Priorität verschob sich zugunsten des militärischen Moments. Diese Gewichtung im Kampfprozeß blieb durch die ganzen achtziger Jahre hindurch erhalten und prägte unseren Kampf. Wir führten Angriffe gegen Projekte der NATO und mit anderen Guerillagruppen Westeuropas zusammen gegen den militärisch- industriellen Komplex des Kapitals durch; es gab den Versuch von Action Directe aus Frankreich, Brigate Rosse/PCC aus Italien und uns, eine westeuropäische Guerillafront aufzubauen. Die RAF konzentrierte sich darauf, die Angriffe - so weit es die Kräfte zuließen - gegen NATO-Projekte und seit '84 gegen die Formierung der westeuropäischen Staaten zu einem neuen Machtblock zu forcieren. Es wurde die Konzentration auf die eigene geringe Kraft und die derjenigen Militanten, die sich eng an der RAF orientierten. Aus dem Versuch, mit anderen Gruppen des Widerstands zusammen eine gemeinsame Front aufzubauen, wurde diese mehr ein Korsett denn eine bereichernde Erweiterung. Die Front mußte wohl auch deshalb wieder ausein-

sogen wurde, die "richtige" Linie zu halten. In dieser Enge konnte keine politische Dynamik entfaltet werden. Statt eines neuen Horizonts, der sich in der Vielfalt des Widerstandes am Anfang der achtziger Jahre noch zu eröffnen schien, schnürten Starre und Enge die Politik im Laufe des Jahrzehnts zunehmend ein. Es bestand eine große Diskrepanz zwischen der Bereitschaft der Militanten der RAF, in der Konfrontation alles zu geben, und der gleichzeitigen Zaghaftigkeit, neue Ideen für den Befreiungsprozeß zu suchen. In dieser Hinsicht wurde wenig riskiert. In dieser Zeit - das Konzept der achtziger Jahre war wenige Jahre alt - gab es auch eine Entwicklung auf unserer Seite, die von einer manchmal mit demonstrativ kalter Konsequenz betriebenen Politik geprägt war, die dann tatsächlich nicht mehr war als "Politikmachen" - zu weit entfernt von allem, was Befreiung ist. Es war dennoch eine Zeit, in der die RAF und die Gefangenen aus der RAF durch alle Härten und Niederlagen hindurch mit ihrer Entschiedenheit zeigten, daß sie im Gang der Geschichte unkorrumpierbar geblieben waren und darauf bestanden, die Verhältnisse gegen den Willen der Macht verändern zu wollen. Das machte auch anderen Hoffnung und zog viele an, denn der Kampf um Kollektivität und Zusammenhalt stand gegen die Vereinzelung und Einsamkeit in der Gesellschaft. Im Kampf der Gefangenen gegen die Isolation und für ihr Zusammensein, in ihrem Kampf für Würde und Freiheit war etwas enthalten, wonach sich auch viele andere sehnten und womit sich viele identifizieren konnten. Die Konsequenz und Kompromißlosigkeit der RAF und der Gefangenen gegen die Macht stand gegen jeden Versuch der Herrschenden, die Kämpfe für ein anderes Leben niederzumachen.

Wir, die wir uns zum großen Teil erst spät in der RAF organisierten, ...
... sind in der Hoffnung hierhergekommen, unseren Kampf in den sich verändernden Bedingungen nach den weltweiten Umbrüchen neu einbringen zu können. Wir suchten nach Veränderungen für den Befreiungskampf, nach einem neuen Weg, auf dem wir uns mit anderen würden verbinden können. Und wir meinten, in denen etwas wiederzuerkennen, die diesen Kampf vor uns aufgenommen hatten, gestorben sind oder in den Knästen waren. Auf uns hatte der Kampf in der Illegalität eine große Anziehungskraft gehabt. Wir wollten unsere Grenzen durchbrechen und frei sein von allem, was uns im System hält. Der bewaffnete Kampf in der Illegalität war für uns nicht mehr das einzig Mögliche und Notwendige des Befreiungsprozesses. Trotzdem wollten wir gerade angesichts der Krise der Linken überall auf der Welt die Stadtguerilla als Möglichkeit und die Illegalität als ein Terrain des Befreiungsprozesses weiterentwickeln. Aber wir sahen damals, daß das allein nicht ausreichen würde. Auch die Guerilla würde sich verändern müssen. Unsere Hoffnung war eine neue Verbindung der Guerilla und anderen Orten des Widerstands in der Gesellschaft. Dafür suchten wir nach einem neuen Entwurf, in dem die Kämpfe von den Stadtteilen bis zur Guerilla würden zusammenstehen können.

Es war uns wichtig, nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Kampf in ein Verhältnis zur neuentstandenen gesellschaftlichen Situation zu bringen.
allen denen setzen, deren Träume mit dem Ende der DDR und ihrer Übernahme in die BRD untergegangen waren. Sei es, weil sie erkennen mußten, daß der Realsozialismus nicht wirklich Befreiung geschaffen hatte. Oder andere, die manchmal schon zu Zeiten der DDR in Opposition zum Realsozialismus waren, und davon geträumt hatten, etwas jenseits von Realsozialismus und Kapitalismus erreichen zu können. Die meisten von denen, die in der DDR gelebt hatten und 1989 den Anschluß an die BRD gefordert hatten, erahnten die neue depressive gesellschaftliche Situation, die sie mit hervorgerufen hatten, und den massenweisen Entzug sozialer Sicherheiten damals noch nicht. Wir wollten in dieser für alle unbekannten historischen Situation zwischen denen, die in der Konfrontation mit dem BRD-Staat um Befreiung kämpften, und anderen, die in der damals nicht mehr existierenden DDR mit der rassistischen und insgesamt reaktionären Entwicklung längst unglücklich waren, einen Bezug herstellen. Wir wollten das Feld weder der Resignation noch der Rechten überlassen. Später sahen wir, daß der Dimension des Umbruchs nur ein neues und internationalistisches Befreiungsprojekt gerecht werden kann, dem die neue Realität aus Ost und West zugrunde liegt. Die RAF mit der Verwurzelung allein in der Widerstandsgeschichte der alten BRD konnte dem nicht gerecht werden.

Der Versuch, die RAF noch in den Neunzigern neu einzubinden, war ein unrealistisches Vorhaben.
Wir wollten eine Transformation der aus der 68er Bewegung entstandenen Konzeption zu einem neuen sozialrevolutionären und internationalisitschen Konzept der Neunziger. Es war eine Zeit, in der wir nach Neuem suchten, aber - behaftet von den Dogmen der vorangegangenen Jahre - nicht radikal genug über das Alte hinausgingen. Und so machten wir den Fehler, den alle von uns nach '77 machten: wir überschätzten das Halten der Kontinuität unserer Konzeption für den Kampf. Aber grundsätzlich besteht die Gefahr, den bewaffneten Kampf zu diskreditieren, wenn er aufrechterhalten wird, ohne daß geklärt ist, wie er den revolutionären Prozeß spürbar voranbringt und zur Stärkung des Befreiungskampfes führt. Damit verantwortlich umzugehen, ist wichtig, denn sonst ist der bewaffnete Kampf nachhaltig diskreditiert - auch für eine andere Situation, in der er wieder gebraucht wird.
Die Krise, in der die Linke der achtziger Jahre an ihre Grenzen kam und sich bereits in Auflösung befand, machte unseren Versuch, die RAF in ein neues Projekt einzubinden, zu einer unrealistischen Sache. Wir waren viel zu spät - auch dafür, um die RAF nach einem Prozeß der Reflektion zu transformieren. Kritik und Selbstkritik haben ja nicht das Ziel, etwas zu beenden, sondern etwas weiterzuentwickeln. Das Ende der RAF ist letztlich keine Folge unseres Prozesses der (Selbst-)Kritik und Reflexion, sondern es ist notwendig, weil die Konzeption der RAF nicht das enthält, woraus jetzt etwas Neues entstehen kann. Wenn wir diesen Abschnitt unserer Geschichte heute in den gesamten historischen Prozeß einordnen, dann ist aus diesem Versuch, die RAF wieder in einen stärkeren politischen Prozeß zurückzubringen, in erster Linie die Verlängerung von etwas geworden, was sich längst die Perspektive eines abgeschlossenen Projektes verdient Aufbruch vor allem die Kampfform geblieben war. Ein neuer Sinn, der eine Perspektive jenseits von Arbeitsgesellschaft und menschenfeindlicher, profitorientierter Ökonomie eröffnet, der dann die Grundlage des Befreiungskampfes der Zukunft sein kann und viele wird zusammenbringen können, existierte faßbar noch nicht. Nach unserer Niederlage von 1993 wußten wir, daß wir nicht alles einfach genauso weitermachen können, wie wir es mit dem Einschnitt in unserem Kampf 1992 begonnen hatten. Wir waren uns sicher, daß wir unsere Ziele richtig bestimmt, jedoch schwere taktische Fehler gemacht hatten. Wir wollten noch einmal mit denen, die noch in den Knästen waren, alles zusammen durchdenken und gemeinsam eine neue Etappe beginnen. Doch am Ende zeigte sich in der für uns schmerzlichen Spaltung eines Teils der Gefangenen von uns, in der wir zu Feinden erklärt waren, daß die Entstehungsbedingungen der RAF - Solidarität und Kampf um Kollektivität - bereits vollständig verraucht waren.

Unser Prozeß der eigenen Befreiung ...
... ist uns wichtig gewesen und dennoch immer wieder stagniert. Wir wollten Kollektivität genauso wie die gemeinsame Überwindung jeglicher Entfremdung. Aber der Widerspruch zwischen Krieg und Befreiung ist bei uns oft verdrängt und weggeredet worden. Auch der revolutionäre Krieg produziert Entfremdungen und Autoritätsstrukturen, was Befreiung widerspricht. Damit umzugehen, so daß es sich nicht als Struktur festsetzt, ist nur möglich, wenn es ein Bewußtsein darüber gibt. Ansonsten verselbständigen sich neue Autoritätstrukturen und Verhärtungen - sowohl in der Politik als auch in den Verhältnissen. Das zeigte sich unter anderem in den oft wechselseitig hierarchischen Strukturen der Front der achtziger Jahre und in den autoritären Zügen der Spaltung des Jahres '93. Und es zeigt sich in der Rückkehr zur Verbürgerlichung der Wahrnehmung und des Denkens, was in der Geschichte der RAF dahin führte, daß zu viele, die hier kämpften, die Berechtigung des gesamten Aufbruchs nicht mehr sehen können.

Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen, bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen.
In keiner Phase unserer Geschichte ist eine über den politisch-militärischen Kampf hinausgehende politische Organisierung verwirklicht worden. Das Konzept der RAF kannte letztlich nur den bewaffneten Kampf - mit dem politisch- militärischen Angriff im Zentrum. In den grundlegenden Erklärungen der RAF bis Mitte der siebziger Jahre war diese wichtige Frage noch nicht geklärt, was kaum anders hätte sein können. Es gab in der Metropole kaum und in der BRD überhaupt keine Erfahrungen mit der Stadtguerilla. Es war notwendig, vieles erst herauszufinden und sich praktisch als richtig oder falsch erweisen zu lassen. Trotzdem gab es eine Richtung an der entscheidenden Frage, ob das Befreiungsprojekt von einer illegalen Organisation für den bewaffneten Kampf ausgefüllt werden kann - oder aber ob der Aufbau der Guerilla Hand in Hand gehen muß mit dem Aufbau von politischen Strukturen, die in Basisprozessen wachsen können. Unsere gefangenen GenossInnen schrieben dazu im Januar 1976, daß der bewaffnete Kampf aus der Illegalität die einzige Möglichkeit zu praktisch-

das Konzept vom Mai 1982 hielt trotz aller Widersprüchlichkeiten und obwohl es ein Versuch war, einen neuen politischen Zusammenhang mit anderen zu finden, an dieser fehlerhaften Vorstellung fest. Denn auch dieses Konzept brach nicht mit der Zentralität des bewaffneten Kampfes in der Metropole. Die politischen Aktivitäten, die aus dem Frontprozeß kamen, erstreckten sich meist auf die Vermittlung des Angriffs innerhalb der Strukturen der radikalen Linken. Das Ausbleiben einer politischen Organisierung über mehr als zwanzig Jahre hinweg hatte zu jeder Zeit einen insgesamt schwachen politischen Prozeß zum Ergebnis. Die Überschätzung der Wirkung politisch- militärischer Aktionen in der Metropole der letzten Jahrzehnte ist für dieses Konzept Voraussetzung gewesen. Die RAF setzte ihre Strategie des bewaffneten Kampfes in den verschiedenen Phasen unterschiedlich um und kam dabei zu keinem Zeitpunkt in das Stadium, in dem der militante Angriff dahinkommt, wo er hingehört: zur taktischen Option einer umfassenden Befreiungsstrategie. Diese Schwäche hat auch dazu beigetragen, daß unsere Organisation am Ende der über mehr als zwei Jahrzehnte langen Etappe nicht mehr transformiert werden konnte. Die Voraussetzungen, um den Schwerpunkt des Kampfes auf die politische Ebene zu heben - wie wir es 1992 wollten - waren nicht vorhanden. Aber das war letztlich auch nur eine Folge des zugrunde liegenden strategischen Fehlers. Die ausbleibende politisch-soziale Organisierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen. Es ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund, weshalb die RAF kein stärkeres Befreiungsprojekt aufbauen konnte, und letztlich die entscheidende Voraussetzung fehlte, im Aufbau einer nach Befreiung suchenden und kämpfenden Gegenbewegung einen stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. Fehler des Konzepts wie dieser, der die RAF in ihrer gesamten Zeit begleitete, zeigen, daß das Konzept der RAF in den Befreiungsprozessen der Zukunft keine Gültigkeit mehr haben kann.

Das Ende der RAF fällt in eine Zeit, in der die ganze Welt mit den Folgen des Neoliberalismus konfrontiert ist. Der internationale Kampf gegen Vertreibung, gegen Ausgrenzung und für eine gerechte und grundsätzlich andere soziale Realität steht gegen die gesamte Entwicklung des Kapitalismus.

Die globalen und innergesellschaftlichen Verhältnisse verschärfen sich in der Turbulenz der historischen Entwicklung nach dem Ende des Realsozialismus immer weiter. Trotzdem besteht kein Widerspruch, unser Projekt zu beenden und weiterhin die Notwendigkeit zu sehen, daß alles getan werden muß, was sinnvoll und möglich ist, damit eine Welt jenseits des Kapitalismus entstehen kann, in der die Emanzipation der Menschheit Wirklichkeit werden kann. Angesichts der verheerenden Folgen des Zusammenbruchs des Realsozialismus weltweit und der Massenverarmung für Millionen Menschen in der ehemaligen Sowjetunion ist es zu wenig, heute allein von Chancen zu reden, die sich aus dem Ende des Realsozialismus ergeben. Trotzdem sehen wir, daß wirkliche Befreiung im realsozialistischen Modell nicht möglich war. Aus den antiemanzipatorischen Erfahrungen mit den autoritären und staatsbürokratischen Konzepten des Realsozialismus sind die Konsequenzen für die zukünftigen Wege der bruch des Realsozialismus ist die Systemkonkurrenz weggefallen, womit für die Akteure des kapitalistischen Systems auch die Notwendigkeit entfallen ist, ihr System als das "bessere" erscheinen zu lassen. Mit dem Wegfall dieses ideologischen Kapitalhemmnisses ist ein Prozeß der globalen Entfesselung des Kapitals eingetreten: die ganze Menschheit soll den Kapitalbedürfnissen unterworfen werden. Der Neoliberalismus ist die ideologische und ökonomische Grundlage für einen weltweiten Optimierungsschub der Verwertung von Mensch und Natur für das Kapital. Die Systemvertreter nennen das "Reformschub" oder "Modernisierung". Es ist mehr als deutlich, daß die gegenwärtige Entwicklungsstufe des Systems für den überwältigenden Teil der Menschheit weitere soziale und existenzielle Härten bringt. Für die Mehrheit auf der Welt bedeutet Neoliberalismus eine neue Dimension der Bedrohung ihres Lebens. Im Kampf um politische Hegemonie und ökonomische Macht halten nur die Ökonomien mit, deren Kapazitäten zunehmend zugunsten des blanken Profits der Konzerne und eines immer kleiner werdenden Teils der Gesellschaft aufgebracht werden. Die Rückwirkungen dieses Systemlaufs führen zu tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der Gesellschaften. Und dazu, daß die zunehmende Verarmung und die daraus kommende Brutalisierung eine weitere Entfesselung von Krieg und Barbarei hervorbringen. Wenn es ihre ökonomischen und politischen Interessen berührt, werden die reichen Staaten jederzeit in solche Konflikte ihrerseits mit Krieg eingreifen, um weiterhin den "uneingeschränkten Zugriff auf die Rohstoffe" der Erde sicherzustellen und um ihren Machtanspruch durchzusetzen. Ihnen wird es nie um tatsächliche Lösungen für die Menschen gehen, sondern nur darum, die Zerstörung, die ihr System in Gang setzt, zu kontrollieren und Profite für wenige daraus abzuschöpfen. Es ist kein Widerspruch, sondern entspricht vollkommen der Logik des Systems, daß wir in dieser Phase überall auf derWelt die Krisen der politischen Systeme und das Auseinanderbrechen der Gesellschaften bis hin zur Verarmung größerer Teile der bislang weitgehend von materiellem Elend verschont gebliebenen Metropolenmassen erleben und gleichzeitig die transnationalen Konzerne mächtiger sind denn je und größere Gewinne abzocken als jemals zuvor. Paradoxerweise scheint die erfolgreiche Gewinnmaximierung des Kapitals mit dem dadurch hervorgerufenen Zerfallsprozeß der Gesellschaften den Kapitalismus an seine Grenzen zu treiben. Mit dieser Entwicklung droht zunächst vor allem ein weiteres Voranschreiten der Barbarei. Aus der Eigendynamik der Systementwicklung wird sich dieser negative Prozeß immer weiter fortsetzen, bis es eine Befreiungsvorstellung gibt, aus der neue Kraft für die Überwindung des Systems entsteht. Aber auch heute gibt es nicht nur die Niederlagen der historischen Linken und die Gewalt der weltgesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die Lunte der aufständischen Bewegungen, die von der Erfahrung der weltweiten Widerstandsgeschichte ausgehen können. In dieser globalen Entwicklung setzt der Kapitalismus auch in den Metropolen immer weniger auf die Möglichkeit, sich dort die weitgehende Ruhe mit "Sozialstaatssystemen" zu erkaufen. Statt dessen werden immer größere Teile der Gesellschaft ausgegrenzt, die im Produktionsprozeß "Sozialstaat" passen nicht mehr unter einen Hut. An die Stelle der alten "Sozialstaaten" wird beispielsweise in Europa unter der politischen und ökonomischen Hegemonie der BRD und mit der BRD als rassistischem Frontstaat ein ganzer Kontinent zum Polizeistaat gemacht. Polizei und Militär gegen die dem Elend, Krieg und Unterdrückung Entfliehenden. Abschiebungen in Krieg und Folter. Eine Gesellschaft voller Knäste. Rausschmiß aus den Konsumzentren von Obdachlosen, Jugendlichen und allen, die der Biederkeit von Stammtisch und Bourgeoisie widersprechen, durch Polizei und Sicherheitsdienste. Die Wiedereinführung geschlossener Heime als Kinderknäste. Der Versuch der totalen Kontrolle von Flüchtlingen durch Chipcards in naher und anderer sozialer Gruppen in weiterer Zukunft. Knüppel und Gewehr gegen die abzusehenden Revolten der an den Rand Gedrängten. Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung. Und selbst die totale Bemächtigung des Menschen durch seine gentechnologische Produktion kann nicht mehr ausgeschlossen werden. Auch Ausgrenzung und Verfolgung durch die soziale Abstumpfung innerhalb der Gesellschaft ist hier und anderswo alltäglich. Rassismus von unten bedroht das Leben von Millionen, was in Deutschland die mörderische Markanz der historischen Kontinuitat dieser Gesellschaft in sich trägt. Ausgrenzung von Behinderten von oben und Aggression gegen sie von unten zeigen eine Gesellschaft in ihrer alltäglichen Brutalität. Nur der Effizenz des ökonomischen Systems nicht widersprechende Menschen sind gewollt und alles, was kapitalisierbar ist. Etwas anderes, was jenseits der kapitalistischen Gesellschaft liegt, soll keinen Platz haben. Die vielen, die hier nicht mehr leben können und es nicht mehr wollen - und es sind viele, die ihrem Leben selbst ein Ende setzen -, sprechen Tag für Tag von der Sinnleere im System und der Härte in der Gesellschaft. Die Vermarktung des Menschen und die Gewalt in den Wohnstuben der Gesellschaft, auf ihren Straßen, ist die Gewalt der Unterdrückung, ist die soziale Kälte gegen den Anderen, die Andere, es ist die Gewalt gegen Frauen - das alles ist Ausdruck patriarchaler und rassistischer Verhältnisse. Die RAF stand immer im Widerspruch zu den Bewußtseinsmentalitäten eines Großteils dieser Gesellschaft. Das ist ein notwendiges Moment des Befreiungsprozesses, denn nicht nur die Verhältnisse sind reaktionär, sondern die Verhältnisse produzieren das Reaktionäre in den Menschen, das ihre Fähigkeit zur Befreiung immer wieder neu unterdrückt. Ohne Zweifel ist es existenziell, Rassismus und jeglicher Form von Unterdrückung entschieden entgegenzutreten und sie zu bekämpfen. Befreiungsentwürfe der Zukunft werden sich aber auch daran messen lassen müssen, einen Schlüssel zu dem reaktionär eingeschlossenen Bewußtsein zu finden und das Bedürfnis nach Emanzipation und Befreiung zu wecken.

Die Realität der Welt zeigt heute, daß es besser gewesen wäre, der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, wäre durchgekommen.

Der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, ist nicht durchgekommen, was bedeutet, daß die zerstörerische und ungerechte Entwicklung bis jetzt noch nicht umgedreht werden konnte. Schwerer als Fehler, die wir gemacht haben, wiegt für uns, daß wir noch keine aus-

sehen. Die RAF kommt aus dem Aufbruch der letzten Jahrzehnte, der die Entwicklung des Systems zwar nicht genau hat vorhersagen können, doch die Bedrohung, die in ihr liegt, erahnt hat. Wir wußten, daß dieses System weltweit immer weniger Menschen eine Möglichkeit für ein Leben in Würde lassen wird. Und wir wußten, daß dieses System den totalen Zugriff auf die Menschen will, so daß diese sich den Werten des Systems selbst unterwerfen und sie zu den eigenen machen. Aus dieser Ahnung kam unsere Radikalität. Für uns gab es mit diesem System nichts zu verlieren. Unser Kampf - die Gewalt, mit der wir uns gegen die Verhältnisse stellten - hat eine schwierige, eine schwerwiegende Seite. Auch der Befreiungskrieg hat seine Schatten. Menschen in ihrer Funktion für das System anzugreifen, ist für alle Revolutionäre auf der Welt ein Widerspruch zu ihrem Denken und Fühlen - zu ihrer Vorstellung von Befreiung. Auch wenn es im Befreiungsprozeß Phasen gibt, in denen das als etwas Notwendiges gesehen wird, weil es diejenigen gibt, die die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung wollen und die Macht, die sie oder andere haben, verteidigen. Revolutionäre sehnen sich nach einer Welt, in der niemand darüber entscheidet, wer ein Recht auf Leben und wer es nicht hat. Trotzdem hat die Aufregung über unsere Gewalt auch irrationale Züge. Denn der tatsächlich Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems.

Die RAF ist die Antwort für die Befreiung noch nicht gewesen - vielleicht ein Aspekt von ihr.

Auch wenn heute noch so viele Fragen offen sind, sind wir uns sicher, daß aus der Befreiungsidee der Zukunft nur dann der Kern freier Verhältnisse entstehen kann, wenn sie die tatsächliche Vielfalt in sich trägt, an denen die Verhältnisse umgeworfen werden müssen. "Die richtige Linie", die Aspekte des Lebens außer acht läßt, weil sie dafür nicht effizient zu sein scheinen, ist ebenso unbrauchbar wie die Suche nach d e m revolutionären Subjekt. Das Befreiungsprojekt der Zukunft kennt viele Subjekte und eine Vielfalt von Aspekten und Inhalten, was mit Beliebigkeit nichts zu tun haben muß. Wir brauchen eine neue Vorstellung, in der die vielleicht unterschiedlichsten einzelnen oder soziale Gruppen Subjekte sein können, und die sie trotzdem zusammenbringt. Insofern kann das Befreiungsprojekt der Zukunft in keinem der alten Konzepte der BRD-Linken seit '68 - weder in dem der RAF noch in anderen - gefunden werden. Die Freude, ein umfassendes, ein antiautoritäres und dennoch verbindlich organisiertes Projekt der Befreiung aufzubauen, liegt noch unverbraucht und vor allem noch wenig versucht vor uns. Wir sehen, daß es auch in diesem Teil der Welt überall diejenigen gibt, die versuchen, Wege aus der Sackgasse zu finden. Uns machen auch die Hoffnung, die überall bis in die abgelegensten Winkel dieses Landes - wo die kulturelle Hegemonie der faschistischen Rechten heute keine Seltenheit ist - den Mut haben, sich gegen Rassismus und Neonazis zusammenzutun, sich und andere zu verteidigen und kämpfen.

Es ist notwendig zu sehen, daß wir uns in einer Sackgasse befinden, um Wege aus ihr heraus zu finden. Da kann es auch völlig richtig sein, etwas, was man theoretisch auch weiterführen könnte, loszulassen. Unsere Entscheidung, etwas zu beenden, ist Ausdruck der Suche nach Suche mit vielen auf der ganzen Welt verbindet. Es wird noch viele Diskussionen geben, bis alle Erfahrungen zusammen ein realistisches und reflektiertes Bild der Geschichte ergeben. Wir wollen Teil der gemeinsamen Befreiung sein. Wir wollen an unseren eigenen Prozessen etwas wiedererkennbar machen und von anderen lernen. Auch das schließt alte Konzeptionen von Avantgarden, die die Kämpfe führen, aus. Wenn auch "Avantgarde" seit vielen Jahren nichts mehr mit unserem Verständnis vom Kampf zu tun hatte, so läßt die alte Konzeption der RAF die tatsächliche Aufhebung davon nicht zu. Auch deswegen können wir dieses Konzept loslassen.

Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den die imperialistischen Staaten außerhalb der Zentren der Macht führen, in das Herz der Bestie zurückgetragen.

Trotz allem, was wir besser anders gemacht hätten, ist es grundsätzlich richtig gewesen, sich gegen die Verhältnisse in der BRD zu stellen und zu versuchen, die Kontinuitäten der deutschen Geschichte mit Widerstand zu durchkreuzen. Wir wollten dem revolutionären Kampf auch in der Metropole eine Chance eröffnen. Die RAF hat auf einem gesellschaftlichen Terrain den Kampf aufgenommen und mehr als zwei Jahrzehnte zu entwickeln versucht, das historisch von wenig Widerstand und dem Ausbleiben einer Bewegung gegen den Faschismus, dafür um so mehr von einer zu Faschismus und Barbarei loyalen Bevölkerung geprägt war. Die Befreiung vom Faschismus mußte anders als in anderen Ländern von außen kommen. Einen selbstbestimmten Bruch "von unten" mit dem Faschismus gab es hier nicht. Es sind in diesem Land wenige gewesen, die sich gegen den Faschismus stellten; zu wenige, die die Spur der Menschlichkeit legten. Sie, die im jüdischen, im kommunistischen - und in welchem antifaschistischen Widerstand auch immer - kämpften, sind uns wichtig gewesen. Und das werden sie immer sein. Sie waren die wenigen Lichtblicke in der Geschichte dieses Landes, seitdem der Faschismus '33 begonnen hatte, alles Soziale in dieser Gesellschaft abzutöten. Im Gegensatz zu ihnen hat der Trend dieser Gesellschaft so gut wie immer akzeptiert, was die Mächtigen sagen; die Autorität bestimmt, was legitim ist. In der sozialen Zerstörung dieser Gesellschaft, die eine Voraussetzung für den Völkermord der Nazis war, ist bis heute die Gleichgültigkeit gegen den/die andere/n ein wesentliches Moment. Die RAF hat nach dem Nazi-Faschismus mit diesen deutschen Traditionen gebrochen und ihnen jegliche Zustimmung entzogen. Sie kam aus dem Aufbruch dagegen. Sie hat nicht nur diese nationalen und gesellschaftlichen Kontinuitäten abgelehnt, sondern an die Stelle dieser Negation einen internationalistischen Kampf gesetzt, dessen Praxis den deutschen Staat und die Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik ebenso ablehnte und angriff wie auch Militärstrukturen ihrer NATO- Verbündeten. Überall auf der Welt versuchte dieses Bündnis, in dessen Hierarchie der US-Staat die treibende Kraft und die unangefochtene Führung war, die sozialen Rebellionen und die Befreiungsbewegungen mit Militärs und Krieg niederzuschlagen. Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den sie außerhalb der Zentren der Macht führten, in das Herz der Bestie zurückgetragen. Wir haben gewalttätige Verhältnisse mit der Es ist uns nicht möglich, auf eine glatte und fehlerlose Geschichte zurückzublicken. Aber wir haben etwas versucht und dabei viele von den Herrschenden gesetzte und von der bürgerlichen Gesellschaft verinnerlichten Grenzen überschritten. Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen. Aber sie hat mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, daß es den Gedanken an Befreiung heute gibt. Die Systemfrage zu stellen, war und ist legitim, solange es Herrschaft und Unterdrückung anstelle von Freiheit, Emanzipation und Würde für alle auf der Welt gibt.

Aus dem Kampf der RAF sind immer noch neun frühere Militante im Gefängnis. Wenn auch der Kampf um Befreiung noch lange nicht vorbei ist, so ist diese Auseinandersetzung historisch geworden. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, daß die Gefangenen aus dieser Auseinandersetzung aufrecht aus dem Knast rauskommen.

Wir möchten in diesem Moment unserer Geschichte alle grüßen und ihnen danken, von denen wir auf dem Weg der letzten 28 Jahre Solidarität bekommen haben, die uns in verschiedenster Weise unterstützt haben und die von ihrer Grundlage aus mit uns zusammen gekämpft haben. Die RAF hat entschieden zum Kampf um Befreiung beitragen wollen. Diese revolutionäre Intervention in diesem Land und in dieser Geschichte hätte es nie geben können, wenn nicht viele, die sich nicht selbst in der RAF organisierten, etwas von sich in diesen Kampf gegeben hätten. Hinter uns allen liegt ein gemeinsamer Weg. Wir wünschen uns, daß wir uns alle auf den unbekannten und verschlungenen Pfaden der Befreiung zusammen mit vielen anderen wiederfinden.

Wir denken an alle, die überall auf der Welt im Kampf gegen Herrschaft und für Befreiung gestorben sind. Die Ziele, für die sie sich einsetzten, sind die Ziele von heute und morgen - bis alle Verhältnisse umgeworfen sind, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Ihr Tod ist schmerzlich, aber niemals umsonst. Sie leben in den Kämpfen und der Befreiung der Zukunft weiter.

Wir werden die GenossInnen der palästinensischen Befreiungsfront PFLP nie vergessen, die im Herbst 1977 in internationaler Solidarität beim Versuch, die politischen Gefangenen zu befreien, ihr Leben ließen. Wir wollen heute besonders an alle erinnern, die sich hier dafür entschieden, im bewaffneten Kampf alles zu geben und in ihm gestorben sind. Unsere Erinnerung und unsere ganze Achtung gilt denen, deren Namen wir nicht nennen können, weil wir sie nicht kennen, und

Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Werner Sauber, Brigitte Kuhlmann, Wilfried Böse, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Ingrid Schubert, Willi-Peter Stoll, Michael Knoll, Elisabeth van Dyck, Juliane Plambeck, Wolfgang Beer, Sigurd Debus, Johannes Timme, Jürgen Peemöller, Ina Siepmann, Gerd Albartus, Wolfgang Grams

Die Revolution sagt: ich war ich bin ich werde sein

Rote Armee Fraktion
März 1998

Schwarzer Hahn
Lensian

Wendländisches Tagungs- und Gästehaus

- 14 Betten in Ein- bis Drei-Bett-Zimmern
- Selbstversorgung, Teil- oder Vollverpflegung
- Übernachtung 15,--/ 18,-- DM pro Person
- Seminarraum, Küche, Aufenthaltsräume, Duschen, großer Innenhof
-

Kulturverein 'Schwarzer Hahn' e.V.
Am Rundling 1
29462 Lensian
Telefon: 05843/241
Fax: 05843/1413
e-mail: schwarzer-hahn@t-online.de





Imbiß International
Schulterblatt 69
20357 Hamburg
(früher: Weiße Ecke)

BUCHHANDLUNG
IM SCHANZENVIERTEL
c/o DIE DRUCKEREI

LITERATUR + POLITIK
SCHULTERBLATT 55
20357 HAMBURG
TEL 040/43 90 8 08
FAX 040/430 16 37

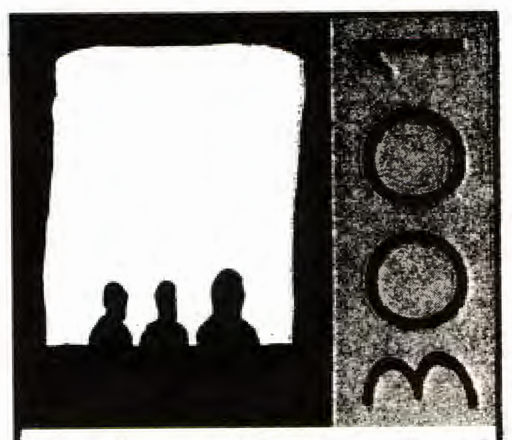
KINDERBUCH + PÄDAGOGIK
SCHANZENSTRASSE 59
20357 HAMBURG
TEL. 040/430 06 38
SPIELE 040/439 68 32
FAX 040/43 38 11

Montag – Donnerstag 9.30 – 18.00 Uhr
Freitag 9.30 – 18.30, Samstag 10.00 – 14.00 Uhr

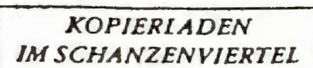


Frühstücken SONNTAGS
UNTER EINEM ANDEREN STERN
VON 11-18 UHR
Rundstücken NACH LANGER NACHT
Spätstücken

im **FRITZ BAUCH**



Das Kino im Schanzenviertel
Vorstellungen um
16.00 + 18.00 + 20.30 + 22.30 Uhr
Schanzenstraße 75, im Hof
Telefon 040/43 76 79
U/S-Bahn Sternschanze


KOPIERLADEN
IM SCHANZENVIERTEL


SCHANZEN-BLITZ

Normalkopie 10 Pfennig
Laser - Farbkopien,
Telefaxservice, Schreibwaren
Nacht- und Wochenend-
Notdienst, nach Absprache

Bartelsstrasse 21
20357 Hamburg
Tel.: 430 41 56
Fax: 430 41 57
Öffnungszeiten:
Mo-Fr: 10.00 - 18.30
Sa: 10.00 - 14.00





Viel PC für WENIG Geld!

Bücher, Broschüren und Archiv zu folgenden Themen:
- Feminismus • Antifaschismus
- Internationalismus • Europa
- Umstrukturierung • Rassismus und Anti-Rassismus • Patriarchat
- Knast und Repression • Anarchismus
- Kommunismus • Anti-AKW
- aktuelle Infos

Buch- und Infoladen
Schwarzmarkt
Kl. Schäferkamp 46 20357 HH
fon:040.446095 fax:040.4108122

Mo., Mi., Fr., von 14.00 - 19.30 Uhr
Sa., 12.00 - 15.00 Uhr Jugendtag

Ihr könnt euch außerdem selber Material für Büchertische zusammenstellen

flora im mai



Phantomenales aus der MoPo vom 13.3.98

HH & HOLLYWOOD

Phantom: Hans Meiser

Hamburg – Talker Hans Meiser ist bis Sonnabend noch im Hamburger Hafen und dreht für „Notruf". Zu Hilfe rufen brauchte er gestern abend zum Glück niemand, obwohl er einem Phantom begegnete. Denn dieses Phantom haben schon Millionen gesehen. Es ist allabendlich in der Roten Flora anzutreffen und sorgt für Kassenrekorde.

samstag 2. mai*	„u-site" mit authorisiertem db-test ab 22.00 uhr, große halle
samstag 9. mai*	schwul-lesbische benifizparty für die projektgruppe zur publikation der deutschen gebärdensprache ab 21.00 uhr / 22.00 uhr show / 23.00 uhr dub, house, techno
sonntag 10. mai*	„club der kulturell verunsicherten" ab 22.00 uhr techno mit ansprechendem rahmenprogramm
montag 11. mai*	vollmond, ab 21.00 uhr mit musikalischer würdigung, große halle
freitag 15. Mai*	solikonzert zur unterstützung illegalisierter es spielen „amorpha" (flensburg) „√mir", „blendwerk" (beide hamburg) 21.00 uhr große halle
samstag 16. mai*	solidarisch gegen ausgrenzung und vertreibung! unter dem motto „wie die bullen rennen, wenn die einsatzwagen brennen" spielen „stella and eye" (bern) musik die unter die haut geht, danach die „tofu love frogs" (london) folkpunk zum abhotten danach disco mit djane birgit von pop bis riot girls ab 21.00 uhr große halle und leoncavallo
samstag 23. mai*	„submission" (berlin), live dub-konzert ! 22.00 uhr große halle
freitag 29. mai*	„todays sound II" gastieren mit ragga dance hall featuring jan, dave, ingmar (heads), dj block barley (homie) und sugar chicken (guests) 22.00 uhr leoncavallo und basement

(*)dies ist ein hinweis für die hamburger polizei: mit ausschreitungen ist zu rechnen, landesreserve ist daher bereitzuhalten!